

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Rainer Feuerstack / Bernhard
Gahlen / Heinz-Dieter Harges /
Gerd-Jan Krol / Wolfgang Stork

Wirtschaftspolitische Ziele
und gesellschaftliche Gruppen
in der marktwirtschaftlichen
Ordnung der BRD

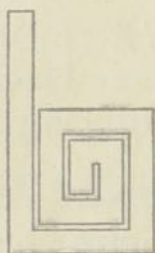
Gebhard Schweigler
Nationalstaatsbewußtsein
in der DDR

B 28/73

14. Juli 1973

Die Autoren des ersten Beitrages dieser Ausgabe sind Mitglieder der Fachgruppe Makroökonomie am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fachbereich der Universität Augsburg.

Gebhard Schweigler, geb. am 16. 10. 1943 in Wertheim/Main; Studium der Politischen Wissenschaften an der Universität Heidelberg, am Harvard College, an der University of California, Berkeley und an der Harvard University (Ph. D. 1972); arbeitet seit September 1972 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn an einer Untersuchung über das Verhältnis von Politik und Politikwissenschaft in den Vereinigten Staaten.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels, Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 80 71, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Wirtschaftspolitische Ziele und gesellschaftliche Gruppen in der marktwirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben zunehmend gezeigt, daß die staatliche Wirtschaftspolitik bei der gleichzeitigen Realisierung der vier Ziele des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft¹⁾ — Stabilität des Preisniveaus, Vollbeschäftigung, stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum sowie außenwirtschaftliches Gleichgewicht — keinen Erfolg hatte.

Als Begründung für diesen auffallenden Sachverhalt wird in der Regel eine falsche Wirtschaftspolitik in dem Sinne angeführt, daß ungeeignete Instrumente zum falschen Zeitpunkt in falscher Dosierung zum Einsatz gekommen sind. Die Bedeutung dieser Argumente soll nicht bestritten werden. Wir meinen jedoch, daß der Frage einer effizienten längerfristigen Stabilisierungsstrategie die Analyse und Problematisierung der wirtschaftspolitischen Ziele auf dem Hintergrund der gegebenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur der Bundesrepublik Deutschland vorangehen muß.

Angesichts der in der Realität zu beobachtenden Vielzahl von Entscheidungszentren — seien es mächtige Unternehmen oder autonome Interessengruppen, die jeweils ihre eigenen Ziele verfolgen — liegt die Vermutung nahe, daß die von der staatlichen Wirtschaftspolitik gesetzten Ziele nicht unabhängig von den Partikularinteressen for-

muliert werden können. Dies nicht nur wegen des Wahlmechanismus sowie anderer politischer Entscheidungsmechanismen²⁾, sondern vor allem auch deshalb, weil die autonomen Akteure, wenn ihre Interessen nachteilig betroffen sind, durch unerwünschte Reaktionen die Wirtschaftspolitik scheitern lassen können.

Gebhard Schweigler

Nationalstaatsbewußtsein
in der DDR S. 23

Die unzureichende Berücksichtigung dieses Aspektes ist u. E. eine wesentliche Ursache für die unbefriedigenden Ergebnisse der staatlichen Wirtschaftspolitik. Angesichts der gesellschaftlichen Struktur in der Bundesrepublik muß eine rationale Wirtschaftspolitik *explizit* Ziele und Interessen der relevanten Gruppen in Rechnung stellen. Diese sollen zunächst in Grundzügen dargestellt werden. Wenn wir uns dabei auf die Gruppe der Arbeitgeber und die der Arbeitnehmer sowie ihrer Organisationen beschränken, so kann dies vor allem durch das Kriterium anerkannter wirtschaftspolitischer Handlungsmacht gerechtfertigt werden.

I. Divergierende Ziele gesellschaftlicher Gruppen

Das zentrale Merkmal der Gruppenbildung ist die Existenz gleichgerichteter, gemeinsamer Interessen. „Es gibt keine Gruppe ohne ihr Interesse. Ein Interesse ... ist gleichbedeutend mit der Gruppe selbst.“³⁾

Für die Ziele der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen bedeutet dies, daß die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder das wichtigste Verbandsmotiv und damit eine entscheidende Determinante der

¹⁾ Vgl. § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. 6. 1967 (BGBl. I S. 582).

²⁾ Man denke beispielsweise an die Verbandsaktivität im Hinblick auf die öffentliche Meinung, die Parteien, die Parlamente sowie auf Regierungen,

Verwaltung und Rechtsprechung. Ihre Bedeutung kann insbesondere wegen des häufig vorhandenen Informationsmonopols der jeweiligen Verbände nicht unterschätzt werden.

³⁾ A. F. Bentley, *The Process of Government*, Evanston, Ill. 1949, S. 211.

jeweiligen Zielbildung darstellen. Das gilt insbesondere auch für die *Gewerkschaften*, deren Entstehung und Aktivitäten sich aus der wirtschaftlichen und sozialen Unterlegenheit der Arbeitnehmer in einer Wirtschaftsordnung begründen, in der Wachstum und Stabilität der Wirtschaft entscheidend von den Dispositionen der privaten Investoren bestimmt werden. Aus den gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder lassen sich vor allem das Sicherheitsziel und das Einkommensziel ableiten. Das Sicherheitsziel umfaßt die „soziale Sicherheit“ und die „Erhaltung der Arbeitsplätze“, da wegen geringer Ersparnisse das Interesse an einer Sicherung des laufenden Einkommens im Falle von Invalidität, Krankheit oder Arbeitsplatzverlust vordringlich ist. Unter das Einkommensziel ist einmal die Forderung nach Lohn- und Gehaltserhöhung zu subsumieren, da die Arbeitnehmer wegen der Kontraktgebundenheit der Lohn-einkommen von der unmittelbaren Teilhabe am wirtschaftlichen Wachstum ausgeschlossen sind, zum anderen die Forderung nach einer Umverteilung von Einkommen und Vermögen aus dem Bewußtsein einer allgemeinen Schlechterstellung der Arbeitnehmer gegenüber den Unternehmern.

Aus der prinzipiellen Unterlegenheit der Arbeitnehmer und dem Charakter der Gewerkschaft als Massenorganisation mit freiwilliger Mitgliedschaft folgt — wenn auch mit der Einschränkung durch das Arbeitsplatzrisiko — die Dominanz eines Verteilungsziels, welches den Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Gesamteinkommen mittels aktiver Nominallohnpolitik erhöhen will. Die mittels der Tarifautonomie erstrittenen Lohnregelungen und Arbeitsbedingungen können den Arbeitnehmern als sichtbare und sie interessierende unmittelbare Erfolge der Gewerkschaften dargestellt werden. Tarifautonomie und aktive Nominallohnpolitik erweisen sich somit für eine Gewerkschaftsorganisation ohne Mitgliederzwang als Notwendigkeit. Dies gilt auch dann, wenn sich die Nominallohnpolitik nur als ein höchst unzureichendes Mittel im Hinblick auf das angestrebte Verteilungsziel darstellen sollte.

Während die Gewerkschaften unmittelbar nur auf die Aktionsgröße Nominallohn einwirken können, liegen in den Investitionen und den Preisen zwei für die Zielerreichung wichtige Hebel bei den Unternehmern. Wichtig deshalb, weil einmal die gesamten privaten Investitionen einen entscheidenden Einfluß auf die Beschäftigung ausüben, die Beschäftigungslage aber neben dem Organisationsgrad eine entscheidende Determinante

gewerkschaftlicher Handlungsmacht bei der Forderung und Durchsetzung höherer Löhne ist. Zum zweiten, weil der Verteilungseffekt der Lohnerhöhungen durch entsprechende Preiserhöhungen neutralisiert werden kann. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wird die Tarifautonomie auch von den Arbeitgeberverbänden als die für sie eleganteste Regelung des Verteilungskonfliktes verteidigt, womit — wenn auch aus unterschiedlichen Motiven — ein faktischer Konsens hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Tarifautonomie zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden besteht.

Der legitimierende Charakter der Nominallohnpolitik für die Gewerkschaften legt angesichts der genannten Beschränkungen die Vermutung nahe, daß ihre Politik darauf angelegt sein muß, die Abhängigkeit ihres Handlungserfolges vom Investitions- und Preisverhalten der Unternehmer zu vermindern. Diese Vermutung wird u. a. durch die bisherigen Vorschläge und Stellungnahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Problem einer Änderung der Vermögensverteilung erhärtet:

Der DGB fordert die Anwendung eines überbetrieblichen Gewinnbeteiligungsmodells, bei dem die Gewerkschaften einen wesentlichen Einfluß auf die Verwaltung des Fonds haben, an den die den Arbeitnehmern zukommenden Gewinnanteile abgeführt werden. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, daß die den Arbeitnehmern zufallenden Anteile am Produktivvermögen nicht wieder an die bisherigen Eigentümer zurückfließen. Mit diesem in der Substanz kaum bestreitbaren Schutzargument lassen sich jedoch auch verbandspolitische Eigeninteressen verbinden, die das Ziel der Einkommenserhöhung via Vermögensbildung als zweitrangig erscheinen lassen könnten. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes stellt hierzu fest, es könne bei der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand nicht primär um die persönliche Bereicherung des Arbeitnehmers gehen; entscheidend sei vielmehr die Mitverwaltung in den Unternehmungen⁴⁾. Über die Verwaltung des Arbeitnehmerkapitals will der DGB die Arbeitnehmer als Miteigentümer vertreten und Einfluß auf die Unternehmungen, insbesondere jedoch auf die Investitionsentscheidungen nehmen⁵⁾, die die strategische Position in markt-

⁴⁾ Vgl. dazu: Neue Zürcher Zeitung vom 16. 1. 1972.

⁵⁾ Vgl. dazu: K. H. Pitz, Über die potentiellen Gefahren der großen Lösung des Vermögensproblems für die gewerkschaftliche Lohnpolitik: in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 21. Jg. (1970), S. 588.

wirtschaftlichen Systemen ausmachen. Von hierher wird auch die enge Verknüpfung von Vermögenspolitik und Mitbestimmungspolitik seitens der Gewerkschaften deutlich, die beide darauf angelegt sind, Einfluß auf eine den gewerkschaftlichen Handlungsspielraum unmittelbar berührende Größe, die Investitionen, zu gewinnen. Spätestens hier wird die politische Natur gewerkschaftlicher Interessen und Zielsetzungen deutlich.

Demgegenüber will die *Arbeitgeberseite* eine breitere Vermögensstreuung vor allem über einen Ausbau der Sparförderung erreichen und in diesem Rahmen den Tarifvertrag als ein entscheidendes Instrument nutzen. Neue Formen der Vermögensbildung im Arbeitnehmerverband begrüßt sie insoweit, als das Prinzip der Freiwilligkeit gewahrt bleibt und keine bedrohliche Einengung des betrieblichen Finanzierungsspielraumes eintritt⁶⁾. Konkret schlägt sie die Anlageform des Arbeitnehmer-Darlehens an den Betrieb vor, welches später in eine Gesellschaftseinlage nach dem Modell einer „stillen Gesellschaft“ umgewandelt werden kann, um die Arbeitnehmer so zusätzlich am Ertrag zu beteiligen⁷⁾. Damit implizieren die Pläne der Arbeitgeberseite:

- eine Förderung des Kapitalmarktes,
- eine Bindung des Arbeitnehmers an den Betrieb,
- eine potentielle Einschränkung des Handlungsspielraumes der Gewerkschaften, soweit eine tarifpolitische Absicherung erfolgt,
- nicht notwendigerweise eine Beteiligung am Produktivvermögen,
- keine Einschränkung der Verfügungsmacht über Produktionsmittel, soweit in Form der stillen Gesellschaft eine Beteiligung am Ertrag vorgesehen ist.

Dies legt den Schluß nahe, daß die Arbeitgeber eine Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand befürworten und unterstützen, solange ihre eigene Position dadurch nicht beeinträchtigt wird. Genau das ist jedoch Ziel der Gewerkschaften. Dabei können sich in diesem Zusammenhang hinter dem Demokratisierungsargument der Gewerkschaften⁸⁾ ebenso eigenverbandliche Zielsetzungen verbergen wie hinter dem postulierten unlösba-

⁶⁾ Vgl. dazu: Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1971, Bergisch-Gladbach 1971, S. 49 f.

⁷⁾ Vgl. dazu: Erklärungen zur Vermögenspolitik, hrsg. v. BDA Köln 1971.

⁸⁾ K. H. Pitz, a. a. O., S. 588.

INHALT

- I. Divergierende Interessen gesellschaftlicher Gruppen
- II. Wirtschaftspolitische Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes als vordergründiger Konsens zwischen den organisierten Gruppen
 1. Gesetzliche Einzelziele
 2. Funktionsfähigkeit der Wirtschaft als Minimalkonsens zwischen den Gruppen
 3. Mittelfristige Zielprojektionen der Gruppen
 4. Gesamtwirtschaftliche Zielkonflikte zwischen den Einzelzielen: Der Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte und Stabilität des Preisniveaus
- III. Im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ausgeklammerte Ziele als Grenzen des Konsenses zwischen den Gruppen
 1. Gerechte Einkommensverteilung
 - a) Lohnleitlinien statt Verteilungspolitik
 - b) Harmoniemodell und autonome Gruppen
 2. Verbesserung der Lebensbedingungen
 - a) Das Zurückbleiben des öffentlichen Sektors
 - b) Öffentliche Ausgaben und Gruppeninteressen
 - c) Finanz- und stabilitätspolitische Probleme
 3. Kontrolle wirtschaftlicher Macht

ren Zusammenhang zwischen Eigentum und Freiheit auf der Arbeitgeberseite⁹⁾. Diese leitet zwar einerseits die Verfügungsmacht aus dem Privateigentum ab, akzeptiert jedoch andererseits im Zusammenhang mit der Vermögensbildung nur solche Eigentumsformen, bei denen eine Verfügungsmacht über die Produktionsmittel nicht gegeben ist.

Dieses Beispiel deutet darauf hin, daß der aus den Interessen der benachteiligten Arbeitnehmerseite resultierende Forderungscharakter gewerkschaftlicher Zielsetzungen den Abwehrcharakter der auf der Arbeitgeberseite formulierten Interessen und Ziele bedingt. Wenn wir nach den gemeinsamen Interessen der Arbeitgeberseite als Grundlage der Ziele der entsprechenden Verbände fragen, so scheiden die internen Unternehmensverhält-

⁹⁾ H. M. Schleyer, Vermögensbildung der Arbeitnehmer — Tarifvertrag oder Gesetz, Bergisch-Gladbach 1971, S. 3.

nisse weitgehend aus, da diese ja im wesentlichen zur eigenen Disposition stehen. Infolgedessen beziehen sich die gemeinsamen Interessen vor allem auf die gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Bedingungen der einzelwirtschaftlichen Produktion.

Sind diese günstig, werden sie verteidigt, z. B.

- die „Erhaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung“¹⁰⁾, wenn diese die eigene Freiheit, verstanden als Verfügungsmacht über die Produktionsmittel, und den eigenen Vorteil sichert,
- die „Abwehr gewerkschaftlicher Forderungen“, insbesondere der Lohnforderungen, weil diese die Kosten erhöhen und zumindest in den wenig produktiven Branchen den Gewinn senken,
- die „Ablehnung eines höheren staatlichen Anteils am Sozialprodukt“, weil dies die strategische Stellung der privaten Investoren beeinträchtigt,
- die „Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“.

Wenn sich dagegen die Bedingungen einzelwirtschaftlicher Produktion allgemein oder

für einzelne Branchen verschlechtern, stellt man Forderungen an den Staat, wie z. B. nach Steuererleichterungen und Investitionsförderung.

Daß die am gesellschaftlichen Status quo orientierten Zielsetzungen der Verbände auf der Arbeitgeberseite in Sachzwängen, wie beispielsweise der Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, eine unbestreitbare Untermauerung finden, ändert nichts an ihrem Abwehrcharakter. Auch steht dazu nicht in Widerspruch, wenn — wie am Beispiel der Stellungnahmen zum Problem der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gezeigt — aus allgemeinen gesellschaftspolitischen Gründen Zugeständnisse gemacht werden, die jedoch eher an der langfristigen Sicherung der eigenen Position als an der optimalen Lösung des Problems ausgerichtet zu sein scheinen¹¹⁾.

Wenn man bei diesen zwischen den Gruppen kontroversen Fragen feststellen muß, daß der Staat bei der Formulierung gesamtwirtschaftlicher Ziele über Minimallösungen nicht hinauskommt, so kann dies die These nur bestärken, daß der Einfluß der Gruppen auf die staatlichen Entscheidungsinstanzen ein grundlegendes politisches Problem ist.

II. Wirtschaftspolitische Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes als Konsens zwischen den organisierten Gruppen

Trotz aller Interessengegensätze zwischen den autonomen Gruppen scheint auf den ersten Blick ein Konsens bei den gesamtwirtschaftlichen Zielen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes gegeben zu sein. Alle Gruppen bekennen sich in ihren Äußerungen zu den Zielen Stabilität des Preisniveaus, ho-

her Beschäftigungsstand, stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht.

Es ist jedoch zu vermuten, daß die divergierenden Gruppenziele die Qualität des offenbar erreichten Konsenses über die wirtschaftspolitischen Ziele einschränken. Bevor die einzelnen wirtschaftspolitischen Ziele deshalb im folgenden vom Standpunkt der Gruppen analysiert werden, zunächst einige zentrale Thesen:

- Die gesetzlich fixierten wirtschaftspolitischen Ziele sind Ausdruck eines nur begrenzten Konsenses zwischen den großen wirtschaftlichen Gruppen; diese Ziele widersprechen zumindest elementaren Interessen der Gruppen nicht.

¹⁰⁾ Daß die „Erhaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung“ dabei gleichzeitig Konträres beinhalten kann, zeigen die Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) zur Novelle zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Die ASU fordert als Vertreterin vorwiegend mittelständischer und oft in eine totale Abhängigkeit von der Großindustrie geratener Eigentümerunternehmungen um der Existenz der marktwirtschaftlichen Ordnung willen eine verschärfte Konzentrationskontrolle. Dagegen lehnt der BDI, der aufgrund der innerverbandlichen Willensbildung vor allem die Interessen der Großindustrie vertritt, jene mit eben demselben Argument entschieden ab. Dieses Beispiel macht den Leerformelcharakter des politisch höchst brisanten Terminus besonders deutlich. Vgl. BDI-Jahresbericht 1970/71, S. 61 ff., sowie Jahresbericht der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, Bonn-Bad Godesberg 1971, S. 19 f.

¹¹⁾ So erscheint es wenig glaubwürdig, wenn im Zusammenhang mit der Vermögensbildung einerseits das Prinzip der Freiwilligkeit zum Sparen betont wird, andererseits jedoch eine keineswegs auf ihre Informationsfunktion beschränkte aggressive Werbung eine Erhöhung des Konsums bewirken soll.

— Divergierende Gruppenziele werden beim offiziellen Zielkatalog zwar ausgeklammert, sie reduzieren den allgemeinen Konsens aber auf eine abstrakte Ebene; bei der Operationalisierung der Ziele und bei der Prioritätenskala zeigen sich Unterschiede.

— Gesamtwirtschaftliche Ziele sind offenbar ein Politikum, weil sie sehr fest im Bewußtsein der öffentlichen Meinung verankert sind. Die Regierung hat daher an ihrer Formulierung ein starkes Interesse, so daß sich die Gruppen aus verbandspolitischen Gründen einem Konsens trotz ihrer Differenzen nicht verschließen können.

1. Gesetzliche Einzelziele

Hoher Beschäftigungsstand

Der Begriff eines hohen Beschäftigungsstandes wird hier gleichbedeutend mit dem üblichen Begriff der Vollbeschäftigung verwendet. Vollbeschäftigung bedeutet nach der amtlichen Definition, daß die Arbeitslosenzahl einen bestimmten geringen Anteil an der Gesamtzahl der Abhängig-Beschäftigten nicht überschreitet¹²⁾. Von den Gewerkschaften wird dieses Ziel offenbar favorisiert. Es steht an erster Stelle im wirtschaftspolitischen Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes: „Eines der Grundrechte des Menschen ist das Recht auf Arbeit. Es kann nur durch Vollbeschäftigung verwirklicht werden.“¹³⁾ Vollbeschäftigung wird hier als Voraussetzung für die relative Verwirklichung elementarer Freiheitsrechte der Arbeitnehmer angesehen, ebenso wie das Recht der freien Wahl des Arbeitsplatzes und das Recht des Arbeitsplatzwechsels sowie das Recht auf freie Berufswahl. Noch wichtiger erscheint den Gewerkschaften wegen der besitzmäßigen Unterlegenheit der Arbeiter der Sicherheitsaspekt der Vollbeschäftigung. Dauernde Vollbeschäftigung bedeutet für die Gesamtheit der Arbeitnehmer Sicherheit des Arbeitsplatzes und damit Einkommenssicherheit. Die Situation der Vollbeschäftigung begünstigt zudem wegen der relativen Knappheit der Arbeitskräfte die tarifpolitischen Interessen der Arbeitnehmer. Diese Arbeitsmarktlage stärkt die relative Macht der Gewerkschaften

in den Tarifverhandlungen und ermöglicht damit die Durchsetzung von mehr Lohn bzw. Gehalt und kürzeren Arbeitszeiten.

Vollbeschäftigung entspricht andererseits auch den Interessen der Unternehmer, weil mit zunehmender Beschäftigung die Kapazitätsauslastung und die Nachfrage auf dem Gütermarkt steigt. Die Sicherung der Nachfrage auf dem Gütermarkt und die Auslastung der Produktionskapazitäten beeinflusst die Gewinne, insbesondere die Gewinnerwartungen, positiv und sorgt für ein günstiges Geschäftsklima.

Allerdings sind Divergenzen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften hinsichtlich der Auffassung darüber möglich, wann der Zustand der Vollbeschäftigung konkret erreicht ist. Was der einen Seite als Vollbeschäftigung erscheint, bezeichnet die andere oft bereits als Überbeschäftigung mit Produktivitätsverlusten und sinkender Arbeitsmoral. Die Divergenzen resultieren auch aus dem Interessengegensatz in der Lohnfrage, da eine aggressive Lohnpolitik der Gewerkschaften kostensteigernd und die Preiserhöhungsspielräume vor allem in der Investitionsgüterindustrie später aber auch in der Konsumgüterbranche zu sinken drohen.

Eine größere Zahl von Arbeitslosen wird aber auch von unternehmerischer Seite nicht akzeptiert, schon aus Gründen der Systemerhaltung.

Auch für jede Regierung ist Vollbeschäftigungspolitik eine unabdingbare Notwendigkeit, denn Arbeitslosigkeit beeinflusst die Wahlen, stärkt die Opposition und fördert die politische Radikalisierung¹⁴⁾. Seit Keynes ist der Staat zur Nachfrageexpansion verpflichtet, wenn die Marktnachfrage zur Sicherung der Vollbeschäftigung nicht ausreicht.

Angemessenes und stetiges Wachstum

Aus dem Einkommensmotiv der Arbeitnehmer lassen sich zwei Ziele der Gewerkschaften ableiten: angemessene Beteiligung am wirtschaftlichen Wachstum durch Lohn- und Gehaltserhöhungen und das Ziel der Einkommens- und Vermögensumverteilung. Das Wachstumsziel liegt offenbar im Einkommensinteresse aller Gruppen: Wachstum erlaubt eine allgemeine Erhöhung der Einkommen.

¹²⁾ Vgl. Fachgruppe Makroökonomie (Hrsg.), Volkswirtschaftslehre. Eine problemorientierte Einführung, B. Gahlen u. a. (Bearb.), München 1971, S. 55 ff.

¹³⁾ Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, beschlossen auf dem außerord. Bundeskongreß am 21./22. 11. 1963 in Düsseldorf, S. 6.

¹⁴⁾ Zu den negativen sozialpsychologischen Folgen längerfristiger Arbeitslosigkeit vgl. A. A. and T. Scitovsky, Inflation versus Unemployment. An Examination of their Effects, in: Commission on Money and Credit (Ed.), Inflation, Growth and Employment, Englewood Cliffs 1964, S. 433 ff.

Demgegenüber kann das Umverteilungsziel begriffsnotwendig nur den Einkommensinteressen eines Teils der Gruppen entsprechen. Wachstum scheint damit das Mittel zur Überwindung der Konflikte um höhere Einkommen, das Mittel zur Harmonisierung der Einkommensinteressen der verschiedenen Gruppen zu sein. Die staatliche Wirtschaftspolitik bemühte sich im Rahmen der Konzertierte Aktion um diese Harmonie¹⁵⁾. Die Gewerkschaften verweisen jedoch auf die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Vergangenheit und verlangen eine Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmer. Sie verzichten dabei ausdrücklich auf eine radikale revolutionäre Lösung, sondern wollen eine allmähliche Umverteilung durch eine Änderung der relativen Einkommens- und Vermögenszuwächse. Damit hat das wirtschaftliche Wachstum auch entscheidende Bedeutung für das Verteilungsziel — Wachstum ist Voraussetzung, um eine allmähliche Umverteilung zu erreichen.

Weiterhin scheint Wachstum eine notwendige Bedingung für die langfristige Erhaltung der Vollbeschäftigung zu sein; der technische Fortschritt würde ohne Wachstum der Nachfrage bei gleichbleibender Arbeitszeit zu ständig steigender Arbeitslosigkeit führen. Ohne Wachstum wäre daher ein stärkerer Widerstand der Gewerkschaften gegenüber Strukturwandel und Rationalisierung zu erwarten.

Für das Verständnis der Beziehung zwischen unternehmerischen Interessen und dem Ziel des wirtschaftlichen Wachstums mag man sich zuerst kurz der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik erinnern. In den fünfziger Jahren war Wachstum kein explizit formuliertes Ziel der Wirtschaftspolitik, dennoch waren die Wachstumsraten des Sozialprodukts im internationalen Vergleich relativ hoch. Dieses hohe Wachstum galt als Produkt der marktwirtschaftlichen Ordnung und somit nicht zuletzt als ein Erfolg unternehmerischer Privatinitiative. So war es verständlich, daß ein staatlich verfolgtes Wach-

tumsziel zunächst auf Ablehnung und Skepsis der Unternehmer stieß und mit ordnungspolitischen Argumenten abgelehnt wurde¹⁶⁾. Wachstumspolitik bedeutet nach herkömmlichem Verständnis Erhöhung und Verbesserung des gesamtwirtschaftlichen Angebotspotentials. Wenn nun der Staat numerisch fixierte Wachstumsziele verkündete, war zu befürchten, daß Staatsinvestitionen an die Stelle von privaten Investitionen traten, wenn die tatsächliche Wachstumsrate einmal unter dem projektierten Wachstumsziel blieb. Eine permanent betriebene, systematische staatliche Wachstumspolitik mußte daher auf die Dauer zu einer Einschränkung des privaten Sektors führen. Die Rolle der Privatinvestitionen und damit nicht zuletzt die eigene Position schien durch ein solches Ziel langfristig auf dem Spiele zu stehen.

Als die Mängel der öffentlichen Infrastruktur jedoch immer offensichtlicher wurden, das Verkehrssystem beispielsweise immer weniger den Anforderungen gerecht wurde, erkannte man den positiven Wert der Infrastruktur auch für einen privatgesteuerten Wirtschaftsprozess. Infrastrukturinvestitionen wurden als notwendige Voraussetzung oder Ergänzung privater Investitionen erkannt, die die Investitionschancen der privaten Betriebe vergrößern und deren Kosten zu senken vermögen.

Die Einstellung zum Wachstumsziel und zur staatlichen Wachstumspolitik begann sich insbesondere auch dadurch zu wandeln, daß das wirtschaftliche Wachstum nach 1960 nachzulassen schien und im Jahre 1967 sogar ausblieb. Die jährliche Wachstumsrate des Sozialprodukts trat immer mehr in den Mittelpunkt des Interesses. Damit aber wurde der Akzent auf den kurzfristigen Aspekt des Wachstums gelegt, und die privaten Investitionen erhielten Priorität, da sie — im Unterschied zu vielen öffentlichen Investitionen, die durch lange Ausreifungszeiten gekennzeichnet sind — einen kürzerfristigen Einkommens- und Kapazitätseffekt haben. Kurzfristig orientierte Wachstumspolitik dient damit — wie Vollbeschäftigungspolitik — der Vollausslastung der Kapazitäten und der Förderung der privaten Investitionen.

Ständiges Wachstum ist darüber hinaus eine notwendige Bedingung für die Erhaltung der unternehmerischen Freiheit. Denn Wachstum dient als Beweis für die Funktionsfähigkeit

¹⁵⁾ „Der aktuelle Sinn der Kooperation mit den organisierten Gruppen, also der Konzertierte Aktion, liegt auch darin, das gemeinsame Interesse aller, z. B. an einem stetigen Wachstum in Stabilität, verständlich zu machen... Wir können jetzt — in der ersten Phase eines Aufschwungs und in Zukunft — bei richtigem Verhalten aller das reale Einkommen eines jeden und einer jeden Gruppe steigern, ohne irgend jemanden etwas wegzunehmen. Und das ist eine unglaubliche Chance für die Politik.“ K. Schiller, Konjunkturpolitik auf dem Wege zu einer Affluent Society, in: BMWI, Reden zur Wirtschaftspolitik, Bd. 3, Bonn 1970², S. 157.

¹⁶⁾ Vgl. die Äußerungen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Jahresgutachten 1967, Ziff. 278 ff.), die sich gegen solche Bedenken richteten.

des Marktes und somit faktisch als Legitimation der unternehmerischen Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit.

Stabilität des Preisniveaus

Das Ziel der Preisstabilität wird allgemein dadurch definiert, daß die Kosten der Lebenshaltung eines durchschnittlichen Haushaltes eine bestimmte Steigerungsrate nicht überschreiten sollen. Von Seiten der Regierung und von den Interessenvertretern wird die Bedeutung dieses Zieles immer wieder herausgestellt.

Die Gewerkschaften müssen im Interesse der Arbeitnehmer letztlich an der Sicherung oder Steigerung des realen Lohnniveaus interessiert sein. Preissteigerungen führen zu einer Minderung oder zum Verlust des Realwertes der in Tarifverhandlungen errungenen Verbesserungen des nominalen Lohnniveaus. Die während der Dauer von Tariflohnverträgen auftretenden Preissteigerungen führen zu einer Veränderung der Verteilungsquote zugunsten der Unternehmer. Um von diesen Preissteigerungen nicht betroffen zu werden, versuchen die Gewerkschaften ihrerseits, die erwarteten Steigerungen der Güterpreise in ihren Tarifverhandlungen vorwegzunehmen, um die erwünschte Kaufkraftsteigerung tatsächlich zu erreichen.

Für die Arbeitgeber und ihre Organisationen bedeutet Preisstabilität dagegen in erster Linie ein Mittel zur Minderung der gewerkschaftlichen Lohnforderungen. In der Argumentation der Arbeitgeberverbände wird eine „Lohn-Produktivität-Preis“-Kette als sachliche Notwendigkeit oder „ökonomisches Gesetz“ konstruiert, das einen kausalen Zusammenhang zwischen Löhnen, Produktivität und Preisen in der Weise enthält, daß eine „maßvolle Lohnpolitik“ zur entscheidenden Stabilitätsbedingung wird¹⁷⁾.

Für den Staat ist das Ziel der Preisstabilität bereits in der Rechtsordnung impliziert, in der das Nominalwertprinzip gilt, das Wertsicherungsklauseln verbietet sowie Abschreibungen auf den Wiederbeschaffungswert in der Steuerbilanz nicht zuläßt¹⁸⁾.

Inflation wird außerdem von allen aus sozialen Gründen abgelehnt, weil jeweils die so-

zial Schwächeren am meisten darunter leiden, d. h. insbesondere die Sparer der niedrigen Einkommensschichten, die ihr Geld vorzugsweise auf Geldkonten anlegen. Die Inflation wird deshalb als Widerspruch zum Ziel einer breiteren Vermögensstreuung gesehen. Der besondere politische Stellenwert des Ziels der Preisstabilität bewirkt zudem, daß keine Regierung es sich leisten kann, nicht — zumindest verbal — für dieses Ziel einzutreten. Die breite Öffentlichkeit ist durch die Erfahrung zweier Hyperinflationen an einer Stabilität des Geldwertes stark interessiert. Daher steht die öffentliche Meinung allgemein allen Handlungen, die eine Inflation auslösen oder verstärken könnten, wie hohen gewerkschaftlichen Lohnforderungen, einer Politik des leichten Geldes und einer hohen staatlichen Verschuldung, mißtrauisch gegenüber. Wenn nun aber Preisstabilität in der öffentlichen Meinung und in der Gruppeneinandersetzung offenbar eine so gewichtige Rolle spielt, scheint die empirische Beobachtung einer ständigen „schleichenden Inflation“ in allen Ländern des organisierten Kapitalismus ein eklatanter Widerspruch. Entweder fehlt die Möglichkeit der wirksamen Inflationsbekämpfung oder das Interesse der wirtschaftlichen Akteure daran ist nicht so bedeutsam. Für beides lassen sich einige Argumente anführen:

- Preisstabilitätsbemühungen haben eine Tendenz zum Fehlverhalten, weil häufig diejenigen, die sich der Stabilitätspolitik anderer entgegengesetzt verhalten, zumindest kurzfristig Vorteile daraus ziehen können (z. B. sektorale Differentialgewinne und Lohnvorsprünge).
- Eine anhaltende *leichte* Steigerung des Preisniveaus wird nicht als erheblicher Nachteil von den relevanten Gruppen angesehen, da bei ihren Entscheidungen bereits erwartete Preissteigerungen eingerechnet werden. Stärkere Preissteigerungen dagegen führen zu einer Verschärfung des Verteilungskampfes und letzterer zu einer weiteren Eskalation der Inflation, so daß die Gefährdung des Stabilitätsziels erst bei einem Kumulierungsprozeß gegeben zu sein scheint.
- Da leichte Inflation offenbar keine großen Nachteile bringt, scheut jede Regierung einen harten Stabilitätskurs, da dieser eine Rezession und Arbeitslosigkeit bringen kann, deren Nachteile für die Betroffenen unmittelbarer und härter sind.

¹⁷⁾ Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände 1955, S. 13 f., zitiert nach K. O. Hondrich, Die Ideologien von Interessenverbänden, Berlin 1963, S. 120.

¹⁸⁾ Vgl. H. Giersch, Geldwertstabilität, Sparen und Wirtschaftswachstum, in: Kontroverse Fragen der Wirtschaftspolitik, Serie Piper, Bd. 21, München 1971, S. 55 f.

¹⁹⁾ Vgl. B. Kulp, Zur Frage der Effizienz von Lohnleitlinien, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Jg. 1 (1972), S. 96.

- Gruppen, die tatsächlich an Preisstabilität interessiert sind — etwa Verbraucherverbände —, fehlt die nötige Organisation und die Möglichkeit, sich entsprechend politisch zu artikulieren.
- Die enge wirtschaftliche Verknüpfung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland bewirkt, daß die nationale Wirtschaftspolitik kaum auf eine strikte Einhaltung der Preisstabilität verpflichtet werden kann. Eine relative Preisstabilität im Inland gegenüber dem Ausland führt bei festen Wechselkursen zu Exportüberschüssen, d. h. zum außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht²⁰⁾, und auf diesem Wege zu einer tendenziellen Anpassung an die Inflationsraten im Ausland²¹⁾.

2. Funktionsfähigkeit der Wirtschaft als Minimalkonsens zwischen den Gruppen

Bei der Frage nach den jeweiligen Zusammenhängen der Interessen der beiden großen Gruppen mit den einzelnen wirtschaftspolitischen Zielen ist bisher ein wichtiger gemeinsamer Aspekt vernachlässigt worden: Alle sind Elemente eines „gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“, in dessen Rahmen der Koordinationsmechanismus des Marktes funktionieren soll. So wird das Ziel der Preisstabilität nicht nur wegen seines Eigenwertes angestrebt, sondern weil die Inflation zu einer Verschärfung des Verteilungskampfes mit der Tendenz zur weiteren Beschleunigung der Inflation führt. Hierbei droht die Koordination des Marktes schließlich zusammenzubrechen, weil die Preise ihre Steuerungsfunktion verlieren. Die Tendenz stärkerer Preiserhöhungen muß daher, schon um die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft zu erhalten, verhindert werden. Das „Funktionieren“ der Marktwirtschaft ist Voraussetzung für die Erhaltung des Systems.

Funktionsfähigkeit und Systemerhaltung entsprechen wahrscheinlich vor allem den grundlegenden Interessen derjenigen, die anderenfalls Rechte und Vorteile aufgeben müssen. Für die Unternehmer und deren Organisationen scheint dies ohne Zweifel zuzutreffen. Fraglich scheint, ob es auch für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften gilt. Marxistische Theoretiker gehen von der Überzeugung aus, die Arbeiter würden im kapitalistischen System ausgebeutet, System-

erhaltung und -stabilisierung befänden sich also im Widerspruch zu den wahren Interessen der Arbeitnehmer. Aus dieser Sicht kritisiert Mandel die deutschen Gewerkschaften, weil sie eine systemstabilisierende Funktion übernommen hätten, z. B. durch ihre Teilnahme an der Konzertierten Aktion²²⁾. Für einen Nicht-Marxisten ist jedoch der behauptete grundlegende Widerspruch der Interessen nicht bewiesen, zumindest ist er aus der bisherigen Erfahrung in der Bundesrepublik Deutschland nicht offenkundig. Es scheint vielmehr, daß — solange das Sicherheitsmotiv bei den Arbeitnehmern eine bedeutende Rolle spielt — das Vollbeschäftigungsziel und die Sicherheit der Arbeitsplätze für die Mehrheit der Erwerbstätigen und ihrer Familien die größte und unmittelbarste Bedeutung haben. Daraus folgt, daß auch die Arbeitnehmer offenbar ein wesentliches Interesse an der Funktionsfähigkeit und Stabilität der Wirtschaft haben werden. Der grundsätzliche Konsens dürfte allerdings weniger den Charakter eines dauernden festen Solidaritätsbündnisses haben, sondern von einem latenten Konflikt überlagert sein: einem Konflikt, der aus der Ungleichheit der Chancen, von Einkommen und Vermögen in der Marktwirtschaft resultiert. Dieser Konflikt läßt erwarten, daß bei den Arbeitnehmern im Falle einer größeren Krise kein Engagement für die Marktwirtschaft zu erwarten ist, daß die Marktwirtschaft also auf Stabilität und Erfolg angewiesen ist.

3. Mittelfristige Zielprojektionen der Gruppen

Die vorhergehenden Überlegungen waren zum Teil spekulativer Art. Sie lassen sich aber empirisch abstützen, z. B. durch die Zielprojektionen, die im Rahmen der Konzertierten Aktion von den Beteiligten vorgelegt wurden.

Ein Vergleich dieser Zielprojektionen ergibt „hinreichend Aufschluß sowohl über die Gemeinsamkeit als auch über die Interessengegensätze bei den Zielvorstellungen und bei den zu ihrer Verwirklichung entwickelten wirtschafts- und verteilungspolitischen Stra-

²⁰⁾ Das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts wird hier nicht weiter behandelt.

²¹⁾ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1967, Zif. 274.

²²⁾ „Mitbestimmung und Mitverantwortung, bei gleichzeitigem Beibehalten des Privateigentums und profitorientiertem Wirtschaftsgefüge, bedeutet daher unvermeidlich Mitbestimmung und Mitverantwortung für diese Blüten kapitalistischer Produktionsweise.“ E. Mandel, Systemkonforme Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 21. Jg. (1970), S. 365.

tegien" ²³⁾. Im folgenden werden deshalb einige strategische Werte der mittelfristigen Zielprojektionen bis 1975 verglichen ²⁴⁾.

Die Gegenüberstellung bestätigt die vorhergehenden Überlegungen: Bei den mittelfristig anzustrebenden Eckwerten der *wirtschaftspolitischen* Ziele scheint trotz geringer Differenzen in der Zielhierarchie ein grundsätzlicher Konsens gegeben zu sein. Hinter diesem Konsens stecken jedoch erhebliche verteilungspolitische Differenzen, die sich deutlich an den unterschiedlichen *verteilungspolitischen* Eckwerten zeigen. Das Ziel einer Verbesserung der Einkommens- und Vermögensverteilung „ist die Grundlage ... (der, Erg. d. Verf.) gewerkschaftlichen Zielprojektionen, die wir aus den ersten Lehrjahren der neuen Wirtschaftspolitik entwickelten. Sie muß zeigen, welche Verteilungsänderungen zugunsten der Arbeitnehmer mit Preisstabilität, Vollbeschäftigung und optimalen Wachstumsraten der Produktion vereinbar sind.“ ²⁵⁾ Nach der unternehmerischen Projektion soll dagegen die globale Verteilungsquote auf den Stand der Jahre 1965/66 zurückgebracht werden.

Die verteilungspolitischen Differenzen schlagen sich aber nicht nur in den Verteilungsquoten nieder; sie haben Auswirkungen auf die gesamte wirtschaftspolitische Konzeption. Dies zeigt sich deutlich auch auf der Verwendungsseite der Projektionen. Nach den DGB-Vorstellungen sollen die Bruttoinvestitionen langsamer zunehmen als das Sozialprodukt. Dabei wird zusätzlich angenommen, daß der Anteil der privaten Investitionen zugunsten der öffentlichen (Infrastruktur-)Investitionen merklich eingeschränkt wird. Die Unternehmerverbände halten dagegen für die Zukunft die privaten Investitionen für die entscheidende Wachstumsdeterminante.

Das verteilungspolitische Ziel steht darüber hinaus auch hinter allen vorgeschlagenen Maßnahmen zur Stabilisierungspolitik. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat beispielsweise einen Katalog von Maßnahmen vorgelegt, der zur Sicherung von Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum insbesondere die Gewährleistung einer ausreichenden

Massenkaufkraft und zur Stabilisierung des Preisniveaus vor allem Maßnahmen zur Verschärfung der Wettbewerbsbedingungen enthält. Dieser Katalog zeigt deutlich, wie wenig der alleinige Konsens über die wirtschaftspolitischen Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes nützt. Die konkreten stabilisierungspolitischen Maßnahmen sind wiederum umstritten, sie sind nicht zuletzt abhängig von den verteilungspolitischen Absichten der Gruppen.

4. Gesamtwirtschaftliche Zielkonflikte zwischen den Einzelzielen: Der Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Preisstabilität

Der im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz niedergelegte gesamtwirtschaftliche Zielkatalog der staatlichen Wirtschaftspolitik kann als Resultat eines allgemeinen Konsenses der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Interessengruppen angesehen werden. Dieser Konsens ist jedoch insofern unvollständig, als er sich lediglich auf einen Katalog von Einzelzielen bezieht, ohne die möglichen *Beziehungen* zwischen den gesamtwirtschaftlichen Zielen zu berücksichtigen. Zwischen diesen Zielen scheinen zum Teil Konkurrenzbeziehungen zu bestehen, die ihrer gleichzeitigen Verwirklichung entgegenstehen und zu einem permanenten Stabilitätsproblem führen ²⁶⁾. Wegen dieser Zusammenhänge kann von einem „magischen Vieleck“ gesprochen werden. Gemessen an den prognostizierten Eckwerten der mittelfristigen Wirtschafts- und Finanzplanung wurden die *einzelnen* Ziele nur tendenziell und für einen kurzen Zeitraum verwirklicht. Eine gleichzeitige und anhaltende Realisierung *aller* Ziele konnte nicht erreicht werden. Dem wirtschaftspolitischen Konsens hätte daher eine klare Prioritätensetzung folgen müssen; er klammert aber statt dessen die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Interessengegensätze aus und überläßt die faktische Über- und Unterordnung der Ziele dem aktuellen politischen Kräftespiel.

Konflikte zwischen gesamtwirtschaftlichen Zielen können daher als Ausdruck eines unausgetragenen Konflikts zwischen den gesellschaftlichen Interessengruppen angesehen werden. Diese Konflikte sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

²³⁾ Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1972, Bundestagsdrucksache VI/3078, S. 20.

²⁴⁾ Quelle: Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1971, S. 72. Inzwischen liegen zwar neuere mittelfristige Projektionen vor, die jedoch nicht zu wesentlich anderen Schlußfolgerungen führen.

²⁵⁾ R. Henschel, Die wirtschaftspolitischen Aufgaben der siebziger Jahre, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 21. Jg. (1970), S. 450.

²⁶⁾ G. Gäfgen, Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung, Tübingen 1968, S. 167; W. Krelle, Präferenz- und Entscheidungstheorie, Tübingen 1968, S. 13.

Mit besonderer Deutlichkeit konnte in der Rezessionsperiode von 1966/67 ein Zielkonflikt zwischen der Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte und der Stabilität des Preisniveaus beobachtet werden. Während eine Preisniveaustabilität annähernd erreicht wurde, herrschte eine für die Bundesrepublik Deutschland unverhältnismäßig hohe Arbeitslosigkeit. Der genannte Zielkonflikt soll daher in diesem Zusammenhang exemplarisch herausgegriffen werden.

Ausgangspunkt einer empirischen Erfassung des Zusammenhangs sind die Arbeiten von Phillips und Lipsey²⁷⁾ und deren Erweiterung durch Samuelson und Solow²⁸⁾. Eine empirische Unverträglichkeit des Preisstabilitäts- und Vollbeschäftigungsziels wurde bereits in den dreißiger Jahren erkannt, jedoch erst in der Nachkriegszeit durch plausible ökonomische Erklärungen theoretisch gestützt. Seitdem sind die empirischen Zusammenhänge durch einen großen statistischen Aufwand für

²⁷⁾ A. W. Phillips, *The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom 1862—1957*, *Economica*, Vol. 25 (1958) N. S., p. 283—299; R. G. Lipsey, *The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom 1862—1957*, *Economica*, Vol. 27 (1960), p. 12—23.

²⁸⁾ P. A. Samuelson, R. M. Solow, *Analytical Aspects of the Anti-Inflation Policy*, *American Economic Review*, Vol. 50 (1960), p. 177—194.

viele Volkswirtschaften einschließlich der wichtigsten Industrieländer quantitativ erfaßt und in weitgehender Übereinstimmung statistisch signifikante Resultate ermittelt worden²⁹⁾.

Wird der Grad der *Arbeitslosigkeit* und — zunächst — der relative Anstieg des *Lohnniveaus* eines Jahres in einem Streudiagramm erfaßt, so liefert deren zugeordnete Funktion eine sog. Phillips-Kurve (Abb. 1).

Der Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Lohnniveaus steht mit der allgemeinen Preisentwicklung in enger Beziehung. Allerdings muß zweifelhaft erscheinen, welche Größe jeweils als Ursache und welche Größe als Folge der Entwicklung der anderen zu betrachten ist. Die Diskussion um die Lohn-Preis-Spirale hat jedoch gezeigt, daß — je nach der wirtschaftspolitischen Ausgangslage — Lohn-erhöhungen sowohl Ausdruck eines Nachholbedarfs sein können, um einen realen Kaufkraftverlust infolge von Preiserhöhungen auszugleichen, als auch ihrerseits den Anlaß von Preiserhöhungen liefern können, um die

²⁹⁾ Vgl. S. Borner, *Das Beschäftigungs-Inflations-Dilemma. Eine theoretische Analyse der wirtschaftlichen Relevanz der Phillips-Kurve*, *Schweizerische Zeitschrift für Nationalökonomie und Statistik*, Nr. 107 (1971), Nr. 2 (Juni), Fn. 9, S. 404 f.

³⁰⁾ A. W. Phillips, a. a. O., S. 299.

³¹⁾ P. A. Samuelson, R. M. Solow, a. a. O., S. 187, 192.

Abb. 1: Phillips-Kurve³⁰⁾

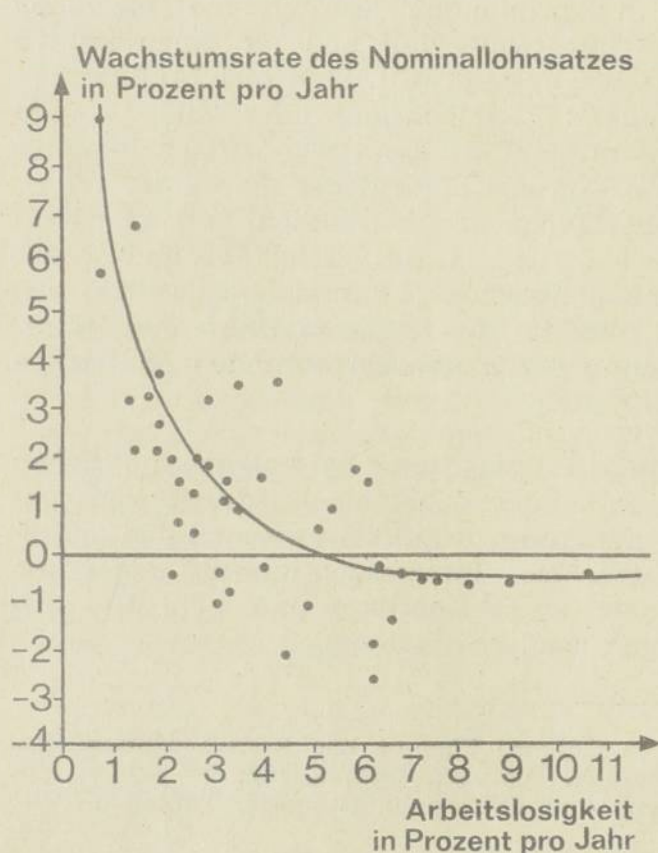
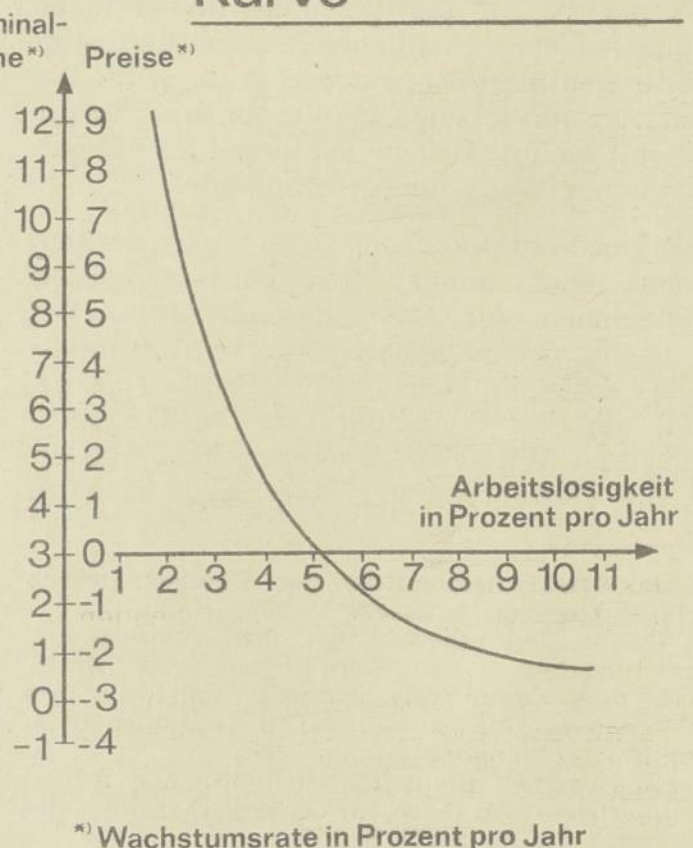


Abb. 2: Modifizierte Phillips-Kurve³¹⁾



bestehenden unternehmerischen Gewinnspannen zu verteidigen.

Geht man nun zusätzlich von einer engen Beziehung zwischen Lohn- und Preissteigerungen aus, so folgt auch die Abhängigkeit des allgemeinen Preisniveaus von der Beschäftigungslage in Gestalt einer modifizierten Phillips-Kurve (Abb. 2).

Nach den langfristigen Berechnungen ist zwischen dem Beschäftigungs- und Inflationsgrad der Preise und Nominallöhne über einen Zeitraum von nahezu 100 Jahren ein relativ enger und stabiler Zusammenhang zu beobachten.

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang die für die Erhaltung einer allgemeinen Lohn- und Preisstabilität anscheinend notwendige Mindestarbeitslosigkeit bzw. der aus einer Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte resultierende Lohn- und Preisanstieg³²⁾. Größenordnungsmäßig ergeben sich in einem langfristigen internationalen Vergleich folgende Werte:

Das allgemeine Preisniveau könnte stabilisiert werden bei einer Erhöhung des Nominallohnsatzes (im Rahmen des Produktivitätsfortschritts) um 2 Prozent und einer Arbeitslosigkeit von ca. 2,5 Prozent; bei einer Stabilisierung des allgemeinen Lohnniveaus würde eine Arbeitslosigkeit von ca. 5,5 Prozent resultieren.

Für verschiedene Länder liegen statistische Untersuchungen vor, die historische Angaben darüber enthalten, in welchem Umfange die jeweilige Preis- und Lohnentwicklung mit einer Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte einherging. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang das Maß an Arbeitslosigkeit, das mit einem absoluten Stillstand der Lohn- und Preisentwicklung verbunden war.

Eine internationale Übersicht hierzu enthält die nebenstehende Tabelle 1.

Die Möglichkeit, Phillips-Kurven zu berechnen, könnte den Eindruck erwecken, als stünde die Wirtschaftspolitik vor dem Wahlproblem, sich zwischen dem Maß an Inflation oder Arbeitslosigkeit zu entscheiden. Wäre dies möglich, könnte die Berechnung von Phillips-Kurven sogar dazu benutzt werden, den anscheinend in der Wirklichkeit bestehenden Ziel-

³²⁾ H. Enke, H. Maneval, Die Einflüsse des Beschäftigungsgrades und der Preisentwicklung auf die Lohnentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 180 (1967), S. 499.

Tabelle 1

Die Beziehungen zwischen der Preis- und Lohnentwicklung und dem Grad der Arbeitslosigkeit nach der Berechnung von Phillips-Relationen

Relative jährliche Werte in Prozent für ausgewählte Länder

Land	Preis- anstieg	Lohn- anstieg	Arbeits- losigkeit	Periode	Quelle
Bundes- republik	0	—	2,3	1947—1966	1
	0	—	3,5	1958—1966	2
Niederlande	—	0	5—6	1923—1964	3
England	0	2—3	2,5	1861—1913	4
	—	0	5—6	1861—1913	4
	—	0—1	5,6	1948—1957 1965	5
USA	0	—	5—6	1945—1960	6
	4,5	—	3	1945—1960	6
	—	0	8—10	1945—1960	6
	—	6	3—4	1945—1960	6
	—	3	5,6	1965	5

1) H. Enke, Beschäftigungsgrad, Preisentwicklung und Lohnentwicklung in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik Deutschland, in: Theoretische und empirische Beiträge zur Wirtschaftsforschung, Tübingen 1967, S. 183 f.

H. Enke, H. Maneval, Die Einflüsse des Beschäftigungsgrades und der Preisentwicklung auf die Lohnentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 180 (1967), S. 485 f.

W. G. Hoffmann, Die Phillips-Kurve in Deutschland, in: Kyklos, Bd. 22 (1969), S. 219 f.

2) H. Maneval, Preis für Stabilität und Vollbeschäftigung, in: Der Volkswirt, Jg. 23, Nr. 13, S. 44 ff. vom 28. März 1972.

3) W. Sidré, Mankracht, een verwaarloosde factor? Economisch-statistische Berichten, Vol. 53 (1967), S. 589 f.

4) A. W. Phillips, The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom 1862—1957, in: Economica, Vol. 25 (1958), S. 299.

5) G. Perry, The Determinants of the Wage Rate Changes and the Inflation-Unemployment Trade-Off for the United States, in: Review of Economic Studies, Vol. 1964, S. 291.

6) P. A. Samuelson, R. M. Solow, Analytical Aspects of the Anti-Inflation Policy, in: American Economic Review, Vol. 50 (1960), S. 187, 192.

konflikt quantitativ zu formulieren und rational zu lösen³³⁾.

In der Tat besteht eine eigenständige, auf die Möglichkeit einer Berechnung von Phillips-Kurven gestützte Theorie, die versucht, die Inflationsrate des Preisniveaus durch von der Arbeitsmarktlage begünstigte Lohnforderungen zu erklären. Anhänger dieser Theorie gehen in der Praxis sogar so weit, zur Stabilisierung des Preisniveaus den Abbau einer angeblichen Überbeschäftigung der Arbeitskräfte durch eine kurzfristige konjunkturelle Reinkreisungskrise zu fordern³⁴⁾.

Wirtschaftspolitische Relevanz und theoretische Analyse

Die direkte Verwendung empirisch ermittelter Phillips-Kurven erscheint im wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß jedoch nicht zulässig.

Hierfür sind mehrere Gründe maßgeblich. Entscheidend ist, daß ein echter empirischer Zielkonflikt zwischen Preisstabilität und Vollbeschäftigung in Gestalt einer Phillips-Kurve nur dann vorausgesetzt werden darf, wenn die Preisentwicklung tatsächlich eindeutig allein von der Lohnentwicklung bestimmt wird. Von einem ökonomischen „Gesetz“ dieser Art kann jedoch keine Rede sein.

Die Wirtschaftswissenschaft hat sich sehr nachdrücklich darum bemüht, die Bestimmungsgründe inflationärer Entwicklungen aufzuklären und in diesem Zusammenhang auch die Existenz und Begründung von sog. Lohn-Preis-Spiralen geprüft.

Die Untersuchungen haben ergeben, daß die Ursachen anhaltender Preissteigerungsprozesse keineswegs immer eindeutig sind. Selbst in einer vollkommenen Wettbewerbswirtschaft können preistreibende Ursachen sowohl in allgemeinen Kostensteigerungen wie in Nach-

frageüberhängen begründet liegen³⁵⁾. In der Realität kann aber nicht einmal von der Existenz einer vollkommenen Wettbewerbswirtschaft ausgegangen werden. Insbesondere auf den Arbeitsmärkten stehen sich die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände wie ein zweiseitiges Monopol gegenüber. Unter diesen Voraussetzungen könnte die Phillips-Kurve nichts anderes als eine graphische Wiedergabe der zwischen den Tarifpartnern erzielten Verhandlungsergebnisse in Abhängigkeit von ihrer Verhandlungsmacht in unterschiedlichen Beschäftigungslagen sein³⁶⁾.

Diese Überlegungen zur Erklärung der Phillips-Kurve sind zwar erheblich wirklichkeitsnäher, sie berücksichtigen jedoch nur ungenügend, von welchen Umständen die Verhandlungsstärke der Tarifpartner ihrerseits abhängt, um der Phillips-Kurve ihre charakteristische Gestalt zu geben. Für die Seite der Arbeitnehmer gilt, daß ihre auf ein System kollektiver Tarifverhandlungen gestützte Verhandlungsmacht das gesamtwirtschaftliche Lohnniveau entscheidend mitbestimmt und dessen Steigerung auch bei relativer Arbeitslosigkeit noch möglich ist. Für die Seite der Arbeitgeber ist jedoch nicht nur ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt entscheidend, sondern ebenso auf den Absatzmärkten für ihre Produkte. Ein hoher Stand der Unternehmenskonzentration erlaubt nämlich auch in einer leichten Rezession Preissteigerungen durchzusetzen, um unvorhergesehene Kostensteigerungen zu überwälzen und die geplanten Gewinnspannen unter allen Umständen zu verteidigen³⁷⁾.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Tarifpartner unter den gegebenen strukturellen Bedingungen auf den Arbeits-

³³⁾ F. Brechling, *The Trade-Off between Inflation and Unemployment*, *Journal of Political Economy*, Vol. 76 (1968), p. 712 ff.; H. J. Ramser, *Inflation und Beschäftigung. Der Beitrag der Phillips-Kurve*, *Kyklos*, Bd. 23 (1970), S. 473—500.

³⁴⁾ P. Sweerts-Sporck, *Stabilität — ein Mißverständnis*, *Wirtschaftswoche*, Jg. 24, Nr. 40, S. 41 vom 2. Okt. 1970; A. E. Ott, *Magische Vierecke*, in: A. E. Ott (Hrsg.), *Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung*, Tübingen 1967, S. 102 ff.; L. Schubert, *Preisstabilität in den 70ern*, *Der Volkswirt*, Jg. 23, Nr. 20, S. 41 vom 16. Mai 1969; *Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftswissenschaftlicher Institute*, *Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1972*, Berlin, 19. Okt. 1972, S. 12 f.; R. Bremer, *Bundestagsabgeordneter der CDU*, Pinneberg, Oktober 1972, *Öffentlicher Vortrag*, nach: *Der Spiegel*, Jg. 26, Nr. 45 vom 30. Okt. 1972, S. 98, 100.

³⁵⁾ B. Hansen, *Full Employment and Wage Stability*, in: *The Theory of Wage Determination*, London, New York 1957, Chap. 5; H. Enke, H. Maneval, a. a. O. S. 500; H. J. Ramser, *Inflation und Beschäftigung: Der Beitrag der Phillips-Kurve*, *Kyklos*, Vol 23 (1970) S 473.

³⁶⁾ H. J. Ramser, a. a. O., S. 479.

³⁷⁾ In diesem Zusammenhang kann dahingestellt bleiben, ob die Phillips-Kurve unmittelbar als „wage equation“ eine Verhaltensweise oder Faustregel gewerkschaftlicher Lohnpolitik beschreibt oder bereits als Finalgleichung der zwischen den Tarifpartnern erzielten Ergebnisse zu verstehen ist. A. G. Hines, *Trade Unions and the Wage Inflation in the United Kingdom 1893—1961*, *Review of Economic Studies*, Vol 1964 p. 221 f.; A. P. Lerner, *Employment Theory and Employment Policy*, *American Economic Review*, Vol 1967, No. 2, p. 165; K. W. Rothschild, *The Phillips-Curve and all That*, *Scottish Journal of Political Economy*, Vol 18 (1971) No. 3 (nov.) p. 250; O. Eckstein, G. Fromm, *The Price Equation*, *American Economic Review*, Vol 58 (1968), p. 1159 f.

und Absatzmärkten³⁸⁾ autonome Entscheidungsbereiche besitzen. Diese werden auch bei einer restriktiven staatlichen Wirtschaftspolitik zur konjunkturellen Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht vollständig eingeschränkt. Eine konsequente Ausrichtung der staatlichen Wirtschaftspolitik auf eine **gleichzeitige** Erfüllung des Preisstabilitäts- und Vollbeschäftigungsziels ist daher gegenwärtig solange nicht möglich, als die Tarifpartner gehalten sind, ihre Tarifautonomie in den Dienst verteilungspolitisch motivierter

Einkommensansprüche zu stellen — es sei denn, man setzt die Festschreibung der gegebenen Einkommensverteilung voraus³⁹⁾.

Ein Zielkonflikt zwischen Preisstabilität und Vollbeschäftigung ist Ausdruck eines Verteilungskampfes in einer unzureichend verwirklichten marktwirtschaftlichen Ordnung. Er ist daher unter den auf den Arbeits- und Gütermärkten gegebenen wettbewerbpolitischen Bedingungen ohne die Entwicklung eines eigenständigen Konzeptes der Einkommensverteilung nicht zu lösen.

III. Im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ausgeklammerte Ziele als Grenzen des Konsenses zwischen den Gruppen

1. Gerechte Einkommensverteilung

Von der Durchsetzung einer gerechteren Einkommensverteilung ist im Zielkatalog nicht die Rede. Das überrascht nicht, wenn auf die Tarifparteien und deren Ziele abgestellt wird. Bislang wurde gezeigt, daß die Gruppen dem offiziellen Zielkatalog, falls die Ziele allgemein formuliert bleiben, zustimmen. Weiterhin wurde dargelegt, daß die Übereinstimmung bereits dann fraglich wird, wenn die Ziele konkretisiert und die Zielbeziehungen analysiert werden. Stellt man nun auf die Forderung nach einer gerechteren Einkommensverteilung ab, so wird der Konflikt zwischen den Tarifparteien direkt angesprochen. Hier kann die eine Seite nur auf Kosten der anderen Seite gewinnen.

Wird das Volkseinkommen auf die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und diejenigen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen aufgeteilt, und bezeichnet man den Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen als Lohnquote und den Anteil des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen als Profitquote, so wird deutlich, daß sich beide Quoten zu eins ergänzen. Streben demnach die Gewerkschaften eine Erhöhung der Lohnquote an, so bedeutet das eine Senkung der Gewinnquote.

Dem wird die Arbeitgeberseite nicht zustimmen. Bei der Forderung nach einer gerechteren Einkommensverteilung tritt also der Gruppenkonflikt in aller Deutlichkeit in Erscheinung.

Dabei zeigt es sich, daß durch die Handlungen der Tarifparteien häufig die Erreichung der gesamtwirtschaftlichen Ziele verhindert wird. Da die Gewerkschaften die relative Verteilungsposition der Arbeitnehmer verbessern wollen, setzen sie häufig Lohnerhöhungen durch, die allgemein als stabilitätswidrig angesehen werden. In diesem Fall kann eine autonome Gruppe die Verwirklichung des offiziellen Zielkatalogs gefährden. So fordert man dann auch um der Preisniveau-Stabilität willen eine zurückhaltende Lohnpolitik der Gewerkschaften.

Besonders in der Spätphase des Booms sollen die Löhne nicht zu stark steigen. Geschieht dies dennoch, wie z. B. im Jahre 1970, in dem die Bruttolohn- und Gehaltssumme der Arbeitnehmer um 15 % stieg, so kommt es zu einem starken Anstieg der Lohnkosten pro Produkteinheit. Dieser Kostendruck gefährdet, wie häufig argumentiert wird, die Preisniveau-Stabilität. Darüber hinaus sind aber auch die Ziele Wachstum und Vollbeschäftigung tangiert. Durch die Erhöhung der Kosten sind die Gewinne der Unternehmer bedroht. Diese sind aber nach gängiger Auffassung Voraussetzung für die privaten Investitionen. Gehen diese zurück, so sind Vollbeschäftigung und Wachstum nicht mehr sichergestellt. Folglich gefährdet der Verteilungskampf zwischen den autonomen Gruppen die Erreichung des offiziellen Zielkataloges. Die Handlungen der Tarifparteien durchkreuzen die staatliche Wirtschaftspolitik.

³⁸⁾ S. Borner, a. a. O., S. 442—444.

³⁹⁾ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1971/72, Ziff. 380.

⁴⁰⁾ W. Rothschild, Einkommenspolitik. Die Verteilungsprobleme müssen offengelegt werden, Wirtschaftswoche, Jg. 26, Nr. 46, S. 65—66; H. Meinhold, Die Vereinbarkeit von stabilitäts- und verteilungspolitischen Konsequenzen, Wirtschaftswoche, Jg. 26, Nr. 47, S. 45—50.

a) Lohnleitlinien statt Verteilungspolitik

Genau diese Verhaltensweise der Tarifparteien soll durch die Einkommenspolitik verhindert werden. Dabei soll der Verteilungskonflikt im Interesse der Erreichung der vier Ziele unterdrückt werden. *Einkommenspolitik ist dabei keineswegs Verteilungspolitik.* Es geht nicht darum, die Einkommensverteilung gleichmäßiger zu gestalten. Vielmehr soll die Entwicklung der Einkommen so gesteuert werden, daß die offiziellen Ziele erreicht werden. Zu diesen Zielen gehört aber gerade nicht die Forderung nach einer gerechteren Einkommensverteilung. Insofern bleibt gerade bei der Einkommenspolitik das Verteilungsziel auf der Strecke.

Außerdem ist die Einkommenspolitik einseitig. Zu den Einkommen gehören Löhne und Gewinne. Demnach wäre es naheliegend, unter Einkommenspolitik Lohn- und Gewinnpolitik zu verstehen. Das ist jedoch nicht der Fall: *Gemeint ist nur die Lohnpolitik.*

Die Gewinne glaubt man nicht steuern zu müssen, da sie Resultat des Marktprozesses seien. Ferner hängen sie in erster Linie von den Preisen ab. Demnach wäre Gewinnpolitik Preispolitik. Diese gilt aber als unvereinbar mit der gegenwärtigen Ausgestaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung. So wird auf Gewinnpolitik verzichtet und lediglich zur Regulierung der Preise eine schärfere Wettbewerbspolitik empfohlen. Diese kann aber nur als indirekte Gewinnpolitik bezeichnet werden.

Demgegenüber ist es das Ziel der Lohnpolitik, direkt über eine Steuerung der tariflich vereinbarten Lohnsätze einen Beitrag zur Erreichung des offiziellen Zielkataloges zu leisten. Zu diesem Zweck werden *Lohnleitlinien* entwickelt.

Hierbei wird davon ausgegangen, daß nur eine ganz bestimmte Entwicklung des Durchschnittslohnsatzes stabilitätspolitisch unbedenklich ist. Eine solche Lohnleitlinie liefert die *produktivitätsorientierte Lohnpolitik*. Ausgangspunkt ist die Definition der Lohnquote:

$$\text{Lohnquote} = \frac{\text{Einkommen aus unselbständiger Arbeit}}{\text{Volkseinkommen}}$$

Nun besteht das Einkommen aus unselbständiger Arbeit aus dem Produkt von Arbeit und Preis der Arbeit (= Lohnsatz). Weiterhin

kann das Volkseinkommen steigen, wenn real mehr produziert wird und wenn Preissteigerungen stattfinden. Folglich ist das Volkseinkommen das Produkt von realem Volkseinkommen und Preisniveau. Demnach erhält man aus der Gleichung die Beziehung:

$$\text{Lohnquote} = \frac{\text{Lohnsatz} \times \text{Arbeit}}{\text{Preisniveau} \times \text{reales Volkseinkommen}}$$

$$\text{Den Quotienten} \frac{\text{reales Volkseinkommen}}{\text{Arbeit}}$$

bezeichnet man als Arbeitsproduktivität.

Folglich resultiert:

$$\text{Lohnquote} = \frac{\text{Lohnsatz}}{\text{Preisniveau} \times \text{Arbeitsproduktivität}}$$

Für das Preisniveau ergibt sich dann:

$$\text{Preisniveau} = \frac{\text{Lohnsatz}}{\text{Lohnquote} \times \text{Arbeitsproduktivität}}$$

Wird jetzt davon ausgegangen, daß die *Lohnquote* konstant ist, so kann der Lohnsatz um denselben Prozentsatz erhöht werden, wie die Arbeitsproduktivität wächst, damit das Preisniveau konstant bleibt. Unter dieser Voraussetzung ist nur *die* Lohnleitlinie stabilitätspolitisch unbedenklich, die die Entwicklung des Lohnniveaus an die Entwicklung der Arbeitsproduktivität koppelt.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat die an der Produktivität orientierte Lohnleitlinie geringfügig modifiziert. Er entwickelte die *kostenniveau-neutrale* Lohnpolitik. Dabei soll im Interesse der Stabilisierung des Preisniveaus das volkswirtschaftliche Kostenniveau stabilisiert werden. In diesem Zusammenhang genügt es, darauf hinzuweisen, daß

die Fixierung der Stückkosten letztlich auch auf die produktivitätsorientierte Lohnpolitik hinausläuft. Wichtiger aber als die Behandlung von Spezialeffekten der Lohnleitlinien ist in diesem Beitrag ein Eingehen auf die grundsätzliche Problematik.

b) Harmoniemodell und autonome Gruppen

Es ist ziemlich gleichgültig, wie die Lohnleitlinie modifiziert wird: Das Grundproblem wird dadurch nicht berührt. Ständig geht es darum, angeblich funktionslose Verteilungskämpfe zugunsten der Erreichung des offiziellen Zielkataloges auszuschalten. Warum sollten die autonomen Tarifparteien aber darauf eingehen? — Die hier angesprochene Problematik kann leicht an der produktivitätsorientierten Lohnpolitik verdeutlicht werden. Bei dieser Lohnleitlinie wird von einer konstanten Lohnquote, demnach von einem Status quo der Verteilung ausgegangen. Warum sollte dieser Status quo durch die autonomen Gruppen akzeptiert werden?

Dieser Zusammenhang wird häufig verschleiert, indem auf eine rationale „wirtschaftspolitische Konzeption“ verwiesen wird, die es zuläßt „... daß in einem marktwirtschaftlichen System auf mittlere und längere Sicht viele Interessengegensätze verschwinden, die kurzfristig unüberbrückbar erscheinen und erhebliche Spannungen in sozialem Gefüge verursachen können“. So äußert sich z. B. der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung⁴¹⁾. Gedacht ist hier an ein Harmoniemodell: Wirtschaftliches Wachstum löst Gruppenkonflikte.

Diese Überlegungen können durch das folgende Beispiel verdeutlicht werden. 1969 war das Einkommen der Unselbständigen pro Kopf 13 689 DM, das Einkommen der Selbständigen pro Kopf 47 313 DM. Das Pro-Kopf-Einkommen der Unselbständigen betrug demnach lediglich 28,9 Prozent des Pro-Kopf-Einkommens der Selbständigen. In diesen Daten spiegelt sich die Ungleichheit der Einkommensverteilung wieder. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als würde eine Umverteilung die Unselbständigen enorm besser stellen. Doch würde eine radikale Umverteilung lediglich dazu führen, daß beide Gruppen jetzt ein Pro-Kopf-Einkommen von 17 092 DM hätten. Das ist lediglich eine relativ geringe Erhöhung der Einkommen der Unselbständigen. Sie basiert darauf, daß die Zahl der Selbständigen gegenüber der der Erwerbstätigen so gering ist.

⁴¹⁾ Jahresgutachten 1967, Ziff. 255.

Bedenkt man nun aber, daß die Selbständigen aus ihrem Einkommen die Investitionen zum Teil finanzieren, so würde eine derartige drastische Umverteilung kaum stattfinden können, ohne daß die Investitionstätigkeit beeinträchtigt wird. Folglich wäre das Ergebnis einer solchen Umverteilung sehr wahrscheinlich ein verringertes Wachstum. Damit werden aber die Spielräume für Lohnerhöhungen in der Zukunft drastisch beschnitten. Was haben die Unselbständigen davon, wenn die Ungleichheit zwischen den Gruppen beseitigt wird, damit aber die Chance, in der Zukunft ständig höhere Einkommen zu erzielen, beschnitten wird? Schließlich ist zu bedenken, daß beim Tempo der Lohnerhöhungen in der Vergangenheit die Durchschnittseinkommen der Unselbständigen in wenigen Jahren auch auf 17 092 DM steigen werden. Dabei ist damit zu rechnen, daß sie ständig weiter anwachsen. Was macht es dabei schon aus, daß die Einkommen der Selbständigen mit denselben Wachstumsraten zunehmen, folglich die Ungleichheit nicht beseitigt wird? Schließlich geht es darum, die eigene Einkommensposition laufend zu verbessern und nicht voller Neid auf die Einkommen der anderen Gruppen zu schauen. Nimmt man diese Position ein, so ist dem Wachstum Priorität einzuräumen. Demnach stellen sich die Probleme unter dem Aspekt des Wirtschaftswachstums anders als in kurzfristiger Betrachtung. Konflikte werden in Interessenidentität, sprich Wachstum, umgedeutet.

Was ist von einer solchen Argumentation, die heute gängig ist und auf dem Harmoniemodell fußt, zu halten?

Zunächst ist festzustellen, daß die Lohnleitlinien bislang nicht erfolgreich gewesen sind. Verteilungskämpfe konnten nicht verhindert werden. Das ist ein empirisches Faktum. Dabei gelang es auch nicht, den offiziellen Zielkatalog zu erreichen. Niemals waren in der BRD gleichzeitig Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung sowie angemessenes und stetiges Wachstum bei außenwirtschaftlichem Gleichgewicht realisiert.

Die Vertreter des Harmoniemodells glauben nun, die Verteilungskämpfe als irrational abtun zu können. Diese Position wurde hier referiert. Doch stellte sich die Frage, ob die Auseinandersetzung um die Verteilung nur durch die Uneinsichtigkeit der Tarifparteien bedingt ist. Ist sie demnach durch Einsicht in ökonomische Sachzwänge überwindbar?

Nach dem hier vertretenen Gruppenansatz ist das nicht der Fall. Es ist keineswegs böser Wille der Akteure, daß die Ziele des Stabili-

läts- und Wachstumsgesetzes nicht erreicht werden. Vielmehr ist darauf zu verweisen, daß über die offiziellen Ziele nur ein sehr oberflächlicher Konsens der Gruppen besteht. Elementare Anliegen einzelner Gruppen werden ausgeklammert.

Ein vorrangiges Ziel der Gewerkschaften ist die Verbesserung der relativen Verteilungsposition der Arbeitnehmer. Hierauf können sie aus Selbsterhaltung nicht verzichten. Folglich besagt die Zustimmung zum offiziellen Zielkatalog wenig. Die grundsätzliche Problematik, die hinter dieser Feststellung verborgen ist, wird verdeutlicht, wenn weitere gesamtwirtschaftliche Ziele untersucht werden, die *nicht* im gesamtwirtschaftlichen Zielkatalog erfaßt sind.

2. Verbesserung der Lebensbedingungen

a) Das Zurückbleiben des öffentlichen Sektors

Der Versuch, das Problem der Einkommensverteilung über das Wachstum zu lösen oder zumindest weitgehend zu entschärfen, stößt auf zwei Widerstände: Einmal blieb es den Gewerkschaften, die die Entwicklung der Einkommensverteilung in ihren wirtschaftswissenschaftlichen Instituten ständig verfolgten, nicht verborgen, daß sich auch weiterhin die Diskrepanzen vergrößerten. Die Forderung nach einer gerechteren Einkommensverteilung blieb also auf der Tagesordnung. Zum zweiten zeigten sich im Laufe der 60er Jahre neue Probleme: Das rasche Wirtschaftswachstum der 50er und beginnenden 60er Jahre war durch die Ausrichtung auf die privaten Investitionen und den privaten Konsum erreicht worden. Dieser Prozeß konnte nur solange verhältnismäßig problemlos verlaufen, wie die Privatwirtschaft in eine bereits vorhandene Infrastruktur hineinwachsen konnte⁴²). Nachdem dieser Prozeß nun weitgehend abgeschlossen war, wurde fühlbar, daß der öffentliche Sektor hinter den Erfordernissen der privatwirtschaftlichen Entwicklung zurückblieb. Begriffe wie öffentliche Armut, Verkehrschaos, Bildungsnotstand, Energielücke etc. wurden binnen weniger Jahre Schlagworte in der wirtschaftspolitischen Diskussion.

⁴²) Bombach sieht hierin sogar den eigentlichen Hintergrund des bundesdeutschen Wirtschaftswunders. Vgl. G. Bombach, Lohnentwicklung, Sparprozeß und Kapitalbildung, Veröffentlichungen der List-Gesellschaft, Band 37, Basel-Tübingen, 1964, S. 49.

Das Zurückbleiben des öffentlichen Sektors machte sich in allen wirtschaftlichen Bereichen bemerkbar: In der Produktionsphäre fehlten notwendige Voraussetzungs- bzw. Komplementärinvestitionen und verminderten damit die privaten Investitionschancen. Damit wurde das Wachstumsziel selbst gefährdet.

In der Konsumsphäre führte das Fehlen staatlicher Komplementärleistungen zur Entwicklung von Widersprüchen: Man konnte sich größere und schnellere Autos leisten, mit denen man dann auf verstopften Straßen nur noch langsamer fahren konnte etc. Dazu kam das Umweltproblem. Hier zeigte sich der Widerspruch darin, daß der private Bereich, auf dessen Expansion das Wachstum in erster Linie beruhte, auf die Weckung zusätzlicher und immer ausgefallenerer Bedürfnisse angewiesen war, bei deren Befriedigung dann die elementare Lebenssphäre des Menschen verletzt wurde.

Wirtschaftliches Wachstum, das zu steigendem Massenkonsum führte, und die Verbesserung der Lebensbedingungen waren nicht unbedingt, wie man 20 Jahre lang allzu voreilig angenommen hatte, ein und dasselbe, sondern begannen sich sogar zu widersprechen.

Weitere Ansprüche an den öffentlichen Sektor ergaben sich aus dem stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit tretenden Gefühl der sozialen Ungleichheit. Die Forderung nach mehr Chancengleichheit und sozialer Emanzipation bisher unterprivilegierter Schichten der Bevölkerung bedeutete vor allem eine Reform und einen kostspieligen Ausbau des gesamten Bildungswesens.

Die Kritik gegenüber dem unmodifizierten Wachstumsziel, das nur auf die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts abgestellt war, begann sich zu regen. Gefordert wurde statt dessen ein modifiziertes Wachstum, das die Zusammensetzung des Bruttosozialproduktes mit berücksichtigte und zu einer Verbesserung der „Lebensqualität“ führen sollte.

Sowohl die Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen für das weitere Wachstum als auch die bessere „Lebensqualität“ stellten neue Aufgaben für die staatliche Wirtschaftspolitik, da die hier notwendig gewordenen „Reformen“ den öffentlichen Sektor betrafen. Diese „Reformen“ implizierten eine verstärkte öffentliche Investitionstätigkeit. Dabei blieb es kontrovers, inwieweit die hierzu nötigen Mittel durch Einsparungen auf anderen Bereichen — wie etwa Subventionsstreichungen, erhöhte Sparsamkeit der öffent-

lichen Hand etc. — allein zu erreichen waren. Nach überwiegender Meinung der politischen Parteien und der Verbände war eine Erhöhung des Anteils des staatlichen Sektors am Bruttosozialprodukt unumgänglich. In welchem Maße und durch welche Finanzierungsart (Steuererhöhungen, Anleiheaufnahme) war dabei ebenso noch eine offene Frage wie die nach Prioritäten und Inhalten der Reformen.

b) Öffentliche Ausgaben und Gruppeninteresse

Nach dem zentralen Ausgangspunkt dieser Arbeit setzt die Operationalisierung und Durchsetzung wirtschaftspolitischer Ziele einen Konsens zwischen den wirtschaftlichen Gruppen voraus. Tatsächlich beinhaltet aber das gegenwärtig bei allen Gruppen herausgestellte Reformbewußtsein nur einen höchst vordergründigen Konsens, der weder in bezug auf die Prioritäten noch der inhaltlichen Ausgestaltung eine von allen Gruppen unterstützte Operationalisierung zuläßt. Weiterhin wird behauptet, daß die Reformen, insofern sie mit einer Ausdehnung des öffentlichen Sektors verbunden sind, überhaupt nur bei einer freiwilligen oder erzwungenen Änderung des derzeitigen Gruppenverhaltens möglich werden.

Die Unternehmervverbände akzeptierten, wie bereits dargelegt, mit der Aufnahme des Wachstumszieles in den offiziellen Zielkatalog des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes auch die Ausdehnung der staatlichen Investitionen, insbesondere auf dem Gebiet der Infrastruktur. Aus ihren Handlungsmotivationen und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen erscheint es verständlich, wenn sie an den Ausbau des staatlichen Sektors vor allem die folgenden Erwartungen knüpfen:

- Sicherstellung der infrastrukturellen Voraussetzungen für weiteres Wachstum auf privatwirtschaftlicher Grundlage;
- Übernahme von Voraussetzungskosten und Folgelasten zur Senkung privater Kosten, insbesondere bei den international stark verflochtenen forschungsintensiven Industriebereichen wie Luft- und Raumfahrt, Atomenergie, Datenverarbeitung etc., ferner Subventionen für Investitionen (z. B. im Rahmen der Strukturpolitik);
- keine Änderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse.

Für die Gewerkschaften dürften demgegenüber — zumindest solange man sie von ihrer derzeitigen Programmatik aus beurteilt und

wenn man das Verteilungs- und Emanzipationsinteresse der Arbeitnehmer in den Vordergrund stellt — wichtig sein:

- Verbesserung der „Lebensqualität“ und emanzipatorische Zielsetzungen;
- der Angriff auf die strategischen Positionen der Unternehmer, mithin das Ziel der Machtbeschneidung der Unternehmer;
- die Erwartung unmittelbarer Umverteilungswirkungen über die Angebotsseite; Arbeitnehmer und unterprivilegierte Schichten sollten aus der Bereitstellung öffentlicher Güter relativ größeren Nutzen ziehen als die Unternehmenseite.

Akzeptiert man diese Interessenstruktur, zeigt sich, daß die Gewerkschaften eher dazu neigen werden, den Ausbau des öffentlichen Sektors als Ziel an sich anzusehen, während für die andere Gruppe mehr der instrumentale Charakter der Infrastrukturinvestitionen im Vordergrund steht.

Selbst auf den Gebieten, wo scheinbar sehr ähnliche Forderungen gestellt werden, entpuppt sich die Gemeinsamkeit rasch als trügerisch. Ein Beispiel dafür könnte die Reform des Bildungssystems sein, die von Gewerkschaften und Unternehmervverbänden gefordert wird. Nach der Programmatik der Gewerkschaften soll die Bildungsreform mehr auf soziale Emanzipation als auf unmittelbare Verwertbarkeit ausgerichtet werden:

„Immer noch wird die Verwertbarkeit des Menschen für ein Produktionssystem gefördert, das Ursache der gegenwärtigen Krisen ist; die Bedeutung von Konflikten und gesellschaftlichen Entscheidungen für die Entwicklung der Gesellschaft wird negiert und vor allem, ob in der beruflichen Bildung an der Kapitalverwertung orientierte Unternehmen nach wie vor überwiegend über Struktur und Höhe des Bildungsangebots entscheiden, daß die Existenzen von Millionen Menschen bestimmt⁴³⁾. Der DGB fordert ein Bildungswesen, das Einsichten in gesellschaftliche Interessenkonflikte vermittelt... Der DGB lehnt eine Bildungsreform ab, die lediglich eine rationellere Vermittlung ökonomisch verwertbaren Sachwissens anstrebt.“⁴⁴⁾

Das folgende Zitat aus einem Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzt demgegenüber andere Akzente:

⁴³⁾ H. Vetter, Gewerkschaftliche Forderungen an die politischen Parteien, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1972, S. 605.

⁴⁴⁾ Bildungspolitische Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf, 1972, S. 5.

deutlich wird der instrumentale Charakter herausgestellt:

„Bildungswesen und Forschung werden künftig noch stärker als in der Vergangenheit die langfristigen Entwicklungschancen eines jeden Landes im internationalen Wettbewerb mitbestimmen und damit gleichzeitig die künftigen gesellschaftlichen und sozialen Entwicklungen vorzeichnen.

Wenngleich die Zusammenhänge zwischen Forschung und Wirtschaftswachstum nicht im Sinne einer einfachen Kausalkette zu erklären sind, lassen sich doch gewichtige Gründe dafür anführen, daß Bildung und Forschung zunehmend wichtiger werden, um die ökonomische und soziale Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu sichern und zu steigern...“⁴⁵⁾

In den Vorstellungen der Unternehmensverbände zur Bildungsreform kommen der ökonomischen Verwertbarkeit und der beruflichen Effizienz der Ausbildung eine wesentlich größere Rolle zu. Bildungsreform bedeutet hier Priorität der Reform der Berufsausbildung nach den Erfordernissen des Arbeitsmarktes und den Anforderungen der Betriebe und Behörden.

So wird unter einer „Reform des Bildungswesens“ oder unter dem Begriff „Reformuniversität“ etwas sehr Verschiedenes verstanden. Die „Reform“ selbst wird häufig zur pseudonormativen Leerformel, die entgegengesetzte Wertvorstellungen aufnehmen kann und daher auch ein besonderes Beharrungsvermögen in der politischen Diskussion des Staates und der Verbände aufweist.

c) Finanz- und stabilitätspolitische Probleme

Einen besonderen Aspekt erhalten die öffentlichen Investitionen für den Staat durch die Aufgabe, für Vollbeschäftigung und Preisstabilität sorgen zu müssen. Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere in der Bauwirtschaft (Verkehr, Wohnungs- und Gesundheitswesen) gehören zum klassischen Instrumentarium keynesianischer Vollbeschäftigungspolitik. Im Fall einer Depression finden entsprechende staatliche Aktivitäten allgemeinen Konsens der Gruppen. Die Übereinstimmung schwindet, wenn nach der Überwindung der Krise einerseits nun antizyklisches Gegensteuern durch Zurückhaltung des Staates gefordert wird, während die andere Seite die Fortführung „innerer Reformen“ nicht von der jeweiligen Konjunkturlage abhängig gemacht sehen möchte

⁴⁵⁾ BDI-Jahresbericht 1970/71, S. 83.

und statt dessen die Kürzung privater Investitionen zugunsten öffentlicher fordert.

Das Dilemma der staatlichen Wirtschaftspolitik besteht nun darin, daß sie aus den langfristigen Wachstumserfordernissen wie aus sozialpolitischen Gründen die öffentlichen Investitionen tätigen muß, andererseits vor der denkbar schwierigen Aufgabe steht, zur gleichen Zeit das Stabilitätsziel nicht zu verletzen. Auch besteht wegen der langen Ausreifungs- und Nutzungsdauer öffentlicher Investitionen die Wahrscheinlichkeit, daß die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts kurz- und mittelfristig zurückgenommen werden müßte. Durch die Dauer der Legislaturperioden sind die staatlichen Organe aber vor allem auf kurz- und mittelfristige Erfolge angewiesen. Das führt dazu, daß das Wirtschaftsministerium einem gewissen Zwang unterliegt, sog. Reformen an die Konjunktur- und Wirtschaftslage anzupassen — und das heißt i. d. R. zurückzustellen. Dies entspricht im wesentlichen auch den Vorstellungen der Unternehmerverbände, die bei schlechter Konjunktur- und Wirtschaftslage die staatlichen Investitionen begrüßen, in besseren Zeiten aber den Staat als Konkurrenten auf den Kredit- und Investitionsmärkten fürchten. Aus ihrem in jüngster Zeit zunehmend betonten gesellschaftspolitischen Engagement fordern die Gewerkschaften dagegen Priorität für Reformen.

Für die gesamtwirtschaftlichen Ziele im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes ergeben sich aus den hier angesprochenen Interessenkonflikten ähnliche Probleme wie beim Verteilungskampf. Wenn die gewerkschaftlichen Vorstellungen einer Durchführung der öffentlichen Investitionen zu Lasten der privaten möglich sein sollen, so würde das voraussetzen, daß

- bei Steuerfinanzierung die Unternehmer auf die Überwälzung der Steuererhöhungen auf die Preise verzichten und bei verminderten Gewinnen auch entsprechend weniger private Investitionen getätigt würden;
- bei Anleihefinanzierung das gesamte Kreditaufkommen konstant gehalten würde und die Unternehmer entsprechend der staatlichen zusätzlichen Kreditaufnahme ihre Nachfrage am Kapitalmarkt einschränkten.

Beide Annahmen sind unreal. Im ersten Fall werden die Unternehmer langfristig die Steuererhöhungen auf die Preise weiterwälzen; im zweiten Fall wird es zu einer Kon-

kurrenz zwischen privaten und öffentlichen Investoren kommen mit dem Ergebnis steigender Zinsen und einer Ausdehnung des Kreditvolumens. Beides enthält eine inflationäre Tendenz: höhere Kapitalkosten durch Zinserhöhungen werden i. d. R. auf die Preise überwältigt; die Vergrößerung des Kreditvolumens führt — sofern die Kapazitäten der Kapitalgüterindustrie ausgelastet sind — zu Preiserhöhungen, zunächst am Kapitalgütermarkt, später dann auch auf dem Konsumgütersektor.

Bei gegebener Preis- und Investitionsautonomie der Unternehmer bedeutet daher die Durchführung von Reformen, die eine Ausdehnung des öffentlichen Sektors bedingen, nahezu zwangsläufig die Verletzung des Ziels der Preisstabilität. Damit könnte aber immerhin die Ausdehnung des öffentlichen Sektors zu Lasten des privaten Konsums erreicht werden. Eine solche nachhaltige Umstrukturierung würde aber wiederum die Änderung der jetzigen Nominallohnpolitik der Gewerkschaften voraussetzen, d. h., diese müßten darauf verzichten, zum Ausgleich für die gestiegenen Preise entsprechende Lohnerhöhungen zu fordern, weil dadurch der inflatorische Prozeß sich nur beschleunigen würde. So scheint es fraglich, inwieweit in der jetzigen Ordnung bei dem derzeitigen Gruppenverhalten eine Ausdehnung des öffentlichen Sektors überhaupt güterwirtschaftlich abgesichert werden kann.

Für die staatliche Wirtschaftspolitik lassen sich daraus die folgenden Alternativen ableiten:

- Man bekennt sich zu den Zielen des Stabilitätsgesetzes. Dann sollte man konsequenterweise die Ausdehnung des öffentlichen Sektors zwecks Durchführung von Reformen nicht anstreben.
- Man bekennt sich zu Reformmaßnahmen. Dann sollte man die Ziele des Stabilitätsgesetzes relativieren oder neufassen. Eine Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Strategie scheint dabei aber, daß die Gruppen, die sich zu den Reformen in erster Linie bekennen, also in erster Linie die Gewerkschaften, ihre Wirtschaftspolitik revidieren würden.
- Man möchte die Ziele des Stabilitätsgesetzes erreichen *und* die reformerischen Maßnahmen durchführen. Dann muß man eine Weiterentwicklung der Wirtschaftsordnung, insbesondere eine Einschränkung der Autonomiebereiche der Gruppen, anstreben.

3. Kontrolle wirtschaftlicher Macht

Im Laufe des Wachstumsprozesses hat sich in der Bundesrepublik eine ständig fortschreitende Vermögens- und Unternehmenskonzentration eingestellt. Im Vermögensbereich verfügten nach Untersuchungen von *Krelle* u. a. bereits 1960 1,7 Prozent der Haushalte über 70 Prozent des Produktivvermögens⁴⁶⁾. Im Unternehmensbereich beschäftigten 1965 1 Prozent der Unternehmen 40 Prozent aller Arbeitnehmer, erzielten die Hälfte des Umsatzes und kontrollierten über formal selbstständige Zulieferer, Abnehmer etc. einen noch höheren Prozentsatz der Wirtschaft⁴⁷⁾. Diese Konzentrationsbewegung hat sich seit Anfang 1969 beschleunigt fortgesetzt⁴⁸⁾. Die Schalthebel der Wirtschaft werden dabei nach Schätzungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI) von einem kleinen Personenkreis von nur ca. 600 Personen kontrolliert, die in vielfältigen Überschneidungen in Vorstands- und Aufsichtsratsposten als die eigentliche ökonomische Herrschaftselite anzusehen sind⁴⁹⁾.

Aus dieser Konzentration der Macht entsteht das gesellschaftspolitische Problem ihrer Kontrolle. Einmal, weil „das Problem der wirtschaftlichen Macht“ nur „die andere Seite des Problems der Freiheit“ ist⁵⁰⁾, zum anderen, weil die Entwicklung der letzten Jahre zeigte, daß durch die Ballung wirtschaftlicher Macht es immer schwieriger wurde, den Instabilitäten des marktwirtschaftlichen Systems durch staatliche Wirtschaftspolitik zu begegnen. Als wichtigste Instrumente zur

⁴⁶⁾ Vgl. *Krelle/Schunk/Siebke*, Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer. Eine Untersuchung über die Vermögensstruktur in der BRD, Tübingen 1968.

Vgl. Autorenkollektiv, Quantitative und qualitative Aspekte der ökonomischen Konzentration und gesellschaftlichen Machtverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, in *WWI* Mitteilungen, 24. Jg., Heft 8/9 1971, S. 251. Die *Krelle*-Untersuchung war 1968 für das Jahr 1960 durchgeführt worden. Neuere Quellen stellen eine weitere Vermögenskonzentration fest. So ermittelte z. B. *Siebke*, daß die angeführten 1,7 Prozent 1966 bereits 73,5 Prozent des Produktivvermögens besaßen. Vgl. Entwurf des Berichts der Bundesregierung über die Vermögensbildung, Dokumentation des Gesellschaftspolitischen Informationszentrums, Bonn 1971, S. 40 ff.; entnommen aus: Autorenkollektiv, a. a. O., S. 251.

⁴⁷⁾ Zu Verlauf und Stand der Unternehmenskonzentration vgl. Fachgruppe Makroökonomie (Hrsg.), a. a. O., S. 174 ff., sowie Autorenkollektiv, a. a. O.

⁴⁸⁾ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1971, Bonn 1971, S. 125.

⁴⁹⁾ Vgl. Autorenkollektiv, a. a. O., S. 272.

⁵⁰⁾ Vgl. *Eucken*, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 46.—53. Tsd., Februar 1964, S. 122.

Eindämmung bzw. Umverteilung der wirtschaftlichen Macht werden gegenwärtig die Wettbewerbspolitik und die Mitbestimmung diskutiert.

Die staatliche Wirtschaftspolitik möchte die Kontrolle der wirtschaftlichen Macht auf der Unternehmensebene vor allem durch eine Intensivierung des Wettbewerbs herbeiführen. Zu diesem Zweck wird das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zur Zeit novelliert, indem insbesondere eine vorbeugende Fusionskontrolle eingeführt und ein besserer Schutz vor Mißbrauch marktbeherrschender Positionen gewährleistet werden soll. Bei den Unternehmern, zumindest denen der Großindustrie, stoßen wettbewerbspolitische Maßnahmen i. d. R. auf Widerstand. Wie die Erfahrungen des 10jährigen Taktierens um das GWB, ferner um die Verhinderung des Abbaus der Preisbindung der zweiten Hand und wie auch die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Novellierung des GWB gezeigt haben, wehren sich die betroffenen Unternehmer und die sie vertretenden Verbände recht heftig und auch nicht ohne Erfolg gegen für sie nachteilige Regelungen zur Wettbewerbspolitik. Nach einem bekannten Bonmot sind die Unternehmer bereit, nur so viel Wettbewerb zuzulassen, wie sie nicht verhindern können. Allerdings wird ihr Gegentaktieren dadurch erschwert, daß sie den Wettbewerb als Ordnungsleitbild zumindest prinzipiell akzeptieren müssen. Ihre Argumentation ist daher vor allem darauf gerichtet, nachzuweisen, daß der Wettbewerb ohnehin noch sehr stark sei. Ihr bestes Argument ist dabei der Hinweis auf die *Weltmärkte*. So spricht der BDI in seiner Stellungnahme zur Novellierung des GWB davon, einem „noch nie erlebten Wettbewerb“ ausgesetzt zu sein und von weiteren „eingetretenen oder zu erwartenden Wettbewerbsverschärfungen“; er warnt vor Schwächung der „eigenen Position“ insbesondere gegenüber der internationalen Konkurrenz⁵¹⁾. Ferner befürchtete er ein „Übermaß von Verboten und Reglementierungen“ und schließlich, und das vor allem, daß der Staat „die Wirtschaft auf dem Wege über die Wettbewerbsgesetzgebung stärker in den Griff zu bekommen versucht“⁵²⁾.

Aus der zuletzt genannten Argumentation des BDI läßt sich viel eher der Wille zur Macht als der zum Wettbewerb heraushören,

⁵¹⁾ Vgl. BDI, Jahresbericht 1970/71, S. 61.

⁵²⁾ Ebenda.

jedoch wagt er es angesichts der langjährigen Propagierung, teilweise sogar ethischen Überhöhung des Wettbewerbsleitbildes durch Wissenschaft, Wirtschaft und Politik nicht, sich offen gegen den Wettbewerb zu stellen. Auch müßte er befürchten, daß ohne Wettbewerb auf längere Sicht mit stärkerem staatlichem Dirigismus gerechnet werden müßte. Letztlich sind es daher Systemerhaltungsgründe, die die Unternehmerverbände veranlassen, Wettbewerbspolitik zu akzeptieren und, wenn es gar nicht anders geht, auch nachteilige Bestimmungen anzuerkennen.

Die Gewerkschaften unterstützen die Wettbewerbspolitik der Bundesregierung, fordern darüber hinaus aber noch wesentlich weitergehende Maßnahmen zur Einschränkung der Unternehmerrmacht. Es sind dies vor allem die bereits angesprochene überbetriebliche Vermögensbildung und die Mitbestimmung, die nicht nur mit dem Argument einer notwendig gewordenen Umverteilung der Macht, sondern auch aus Gründen der sozialen Emanzipation und der Demokratisierung der Arbeitswelt gefordert wird. Auch die Ausdehnung des öffentlichen Sektors durch Zurückdrängen privater Investitionen sollte dazu beitragen, die Unternehmerrmacht zu beschneiden. In jüngster Zeit rückt auch die Forderung nach dem Ausbau gemeinwirtschaftlicher Unternehmen und sogar der Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum wieder stärker in den Vordergrund⁵³⁾.

Die Unternehmenseite sieht durch solche Forderungen die gegenwärtige Ordnung gefährdet und droht, entsprechende Maßnahmen mit Investitionsenthaltung und Kapitalflucht zu quittieren. Damit würden die Ziele Wachstum und Vollbeschäftigung gefährdet, was politisch untragbar wäre. Die staatliche Wirtschaftspolitik kann daher bei der derzeitigen Ordnung entsprechenden Forderungen der Gewerkschaften nicht oder nur sehr bedingt folgen. Sie muß andererseits aber berücksichtigen, daß auf gewerkschaftlicher Seite die gegenwärtige Ausgestaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung gerade auch aufgrund der ungleichen Machtverteilung in jüngster Zeit wieder stärker zur Disposition gestellt wird. Das Ziel einer wirksamen Kontrolle wirtschaftlicher Macht wird daher schon aus Gründen der Systemerhaltung die Wirtschaftspolitiker beschäftigen müssen.

⁵³⁾ Vgl. Vetter, a. a. O., S. 615.

Nationalstaatsbewußtsein in der DDR

Die Deutsche Frage — für viele Jahre eine Frage nach dem Wann und Wie der Wiedervereinigung Deutschlands — kann heute nur noch lauten: gibt es überhaupt noch eine Nation Deutschland? Bundeskanzler Willy Brandt gab in seinem ersten Bericht „Zur Lage der Nation“ im Januar 1970 auf diese Frage die folgende, heute noch gültige Antwort:

„25 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Hitler-Reiches bildet der Begriff der Nation das Band um das gespaltene Deutschland. Im Begriff der Nation sind geschichtliche Wirklichkeit und politischer Wille vereint. Nation umfaßt und bedeutet mehr als gemeinsame Sprache und Kultur, als Staat und Gesellschaftsordnung. Die Nation gründet sich auf das fortdauernde Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen eines Volkes. Niemand kann leugnen, daß es in diesem Sinne eine deutsche Nation gibt und geben wird, soweit wir vorausdenken vermögen.“¹⁾

Strikt geleugnet allerdings wird die Existenz der deutschen Nation bereits seit einiger Zeit von der politischen Führung der Deutschen Demokratischen Republik, die — nachdem sie selbst für lange Zeit an der unzerstörbaren Einheit der Nation festgehalten hatte — nunmehr, wie vor kurzem der ZK-Sekretär für Propaganda, Albert Norden, behauptet: „Es gibt nicht zwei Staaten einer Nation, sondern zwei Nationen in Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung.“²⁾ Denn, so Norden: die Gemeinsamkeit von Territorium, Wirtschaft, psychischer und moralischer Eigenschaften, Kultur, Geschichte, Sprache und Gefühle sei nicht mehr vorhanden; eine gemeinsame Nation könne es deshalb auch nicht mehr geben.

Nordens Ausführungen können selbst für die DDR als extrem gelten; die Existenz zweier Nationen im ehemaligen Deutschland hat in

einer solch scharfen Form noch kein anderes prominentes Mitglied der SED verkündet. Seine Überlegungen stützen sich aber dennoch auf eine gewisse Zustimmung vieler westlicher Beobachter der Verhältnisse im geteilten Deutschland. So gibt es eine Gemeinsamkeit von Territorium und Wirtschaft ganz ohne jeden Zweifel nicht mehr: Die westdeutsche Formel von den „zwei Staaten in einer Nation“ hat die Nicht-Existenz Deutschlands als *Staatsnation* anerkannt. Auch die Frage, ob es noch eine deutsche *Kulturnation* gibt, kann heute nicht mehr unbedingt bejaht werden — zu unterschiedlich sind bereits die in den Klassenzimmern und auf den Fernsehschirmen der geteilten Nation vermittelten Geschichtsbilder und kulturellen Werte³⁾. Selbst an der Gemeinsamkeit der in der DDR und in der Bundesrepublik gesprochenen Sprache werden Zweifel geäußert⁴⁾.

Bleibt die Frage, ob sich die deutsche Nation im Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen erhalten hat, d. h. in anderen Worten: in einem gesamtdeutschen Nationalbewußtsein. Noch wird diese Frage von den politischen Kräften in der Bundesrepublik auf das entscheidendste bejaht, wobei allerdings die augenblickliche Politik des Sich-wieder-näherkommens auf sehr starken Befürchtungen basiert, dieses Zusammengehörigkeitsgefühl könne sich bereits weitgehend abgeschwächt haben. In der DDR wird die Existenz eines Zusammengehörigkeitsgefühls, soweit es die DDR-Bevölkerung betrifft, strikt abgelehnt.

Bedenkt man, daß die Frage nach Deutschland als *Bewußtseinsnation* heute als die nationale Frage überhaupt gelten muß, erscheint der Mangel an sozialwissenschaftlichen Untersuchungen über das Nationalbewußtsein der Deutschen mehr als verwunderlich, dies

³⁾ Siehe dazu u. a. Horst Siebert, Der andere Teil Deutschlands in Schulbüchern der DDR und BRD, Hamburg 1970.

⁴⁾ Eine in den frühen sechziger Jahren lebhaft geführte Diskussion über dieses Thema ist kritisch gewürdigt in Walther Dieckmann, Kritische Bemerkungen zum sprachlichen Ost-West-Problem, in: Zeitschrift für deutsche Sprache, 23, 3 (1967), S. 136 bis 165. Für eine jüngere Darstellung der Ansicht, die Sprache in beiden Teilen Deutschlands habe sich auseinanderentwickelt, siehe Fritz J. Raddatz, Traditionen und Tendenzen. Materialien zur Literatur der DDR, Frankfurt/Main. 1972.

¹⁾ Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland, 14. Januar 1970, Bonn 1970, S. 5.

²⁾ Albert Norden, Fragen des Kampfes gegen den Imperialismus, Vortrag vom 3. Juli 1972, zit. nach: Albert Norden zum Begriff Nation, Deutschland-archiv, 5, 11 (November 1972), S. 1223. Zur Entwicklung der offiziellen Einstellung der SED zur nationalen Frage siehe Gebhard Schweigler, Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR (im Erscheinen).

um so mehr in Anbetracht der nicht mehr überschaubaren Flut an allgemeinen Darstellungen über die Deutsche Frage. So erschien erstmals im vergangenen Jahr eine auf empirischen Methoden fußende Untersuchung über das Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik, die zu dem vorsichtigen Schluß kam, daß ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein einem westdeutschen Nationalstaatsbewußtsein zu weichen im Begriff ist⁵⁾. Eine vergleichende Untersuchung über das Nationalbewußtsein in der DDR steht noch aus.

Peter C. Ludz, wahrscheinlich der profilierteste DDR-Experte in der Bundesrepublik, stellte im Januar 1972 fest: „Die in letzter Zeit in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland häufig vorgebrachte These, daß die Bevölkerung der DDR insgesamt ein — im Vergleich zu den Bundesdeutschen — stärkeres Nationalbewußtsein oder doch überhaupt ein eigenes ‚Staatsbewußtsein‘ entwickle bzw. seit dem Bau der Mauer entwickelt habe, ist empirisch, d. h. intersubjektiv nachprüfbar, schwer zu verifizieren oder zu falsifizieren.“⁶⁾ Ludz argumentierte, daß Äußerungen dieses Inhalts „die Wirklichkeit in der DDR immer nur in sehr kleinen Ausschnitten, unter sehr verschiedenen Gesichtspunkten und zu sehr verschiedenen Zeiten wider[spiegeln]“.

Ludz selbst hat allerdings an anderer Stelle folgende, zum Teil widersprüchliche Beobachtungen über das Nationalbewußtsein der Bevölkerung der DDR angestellt, ohne dabei aber Quellen für seine Angaben zu nennen:

„Als die positiven Resultate allmählich immer sichtbarer wurden, vor allem im modernen Bauwesen, wuchs auch ein größeres ‚nationales‘ Selbst-Bewußtsein und ein Stolz auf die eigene Leistung, vor allem weil die Umstände schwieriger waren als in der Bundesrepublik. Der Slogan ‚Wirtschaftswunder DDR‘ war ein geschicktes SED-Propagandamittel, aber er fand einen Widerhall unter Tausenden von Menschen.“

„Bei den meisten Menschen, die in der DDR leben, kann man kein ‚nationales‘ oder ‚exklusives‘ Bewußtsein davon, daß man Bürger der

⁵⁾ Siehe Lutz Niethammer, Traditionen und Perspektiven der Nationalstaatlichkeit für die BRD, in: Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates, Bd. 2: Das Vordringen neuer Kräfte, München 1972.

⁶⁾ Peter C. Ludz, Zum Begriff der „Nation“ in der Sicht der SED. Wandlungen und politische Bedeutung, in: Deutschlandarchiv, 5, 1 (Januar 1972), S. 22.

DDR ist, feststellen. Dennoch hat sich die Kluft zwischen den beiden Teilen Deutschlands vergrößert und das ‚Selbst-Bewußtsein‘ zahlreicher Gruppen von Arbeitern hat sich in den letzten Jahren verstärkt. Dies geschah beinahe trotz der Tatsache, daß — im Vergleich zu den anderen osteuropäischen Ländern — kein unabhängiges Nationalbewußtsein in der DDR entwickelt werden durfte.“

„Die Menschen halten die DDR nicht für einen souveränen Staat, weil sie die Auswirkungen der Abhängigkeit [von der Sowjetunion] sehr tief fühlen. In Anbetracht dieser psychologischen und politischen Überlegungen kann man die DDR schwerlich für einen souveränen Staat halten. In der DDR finden wir kein ‚nationales‘ Bewußtsein in der traditionellen Bedeutung dieses Ausdrucks“⁷⁾.

Diese ausführlichen Zitate von einem der besten Kenner der DDR spiegeln nicht nur die allgemeine Sprachunsicherheit wider, die man immer wieder feststellen kann, wenn vom Nationalstaatsbewußtsein der DDR-Bevölkerung die Rede ist („national“ mit und ohne Anführungszeichen, im traditionellen Sinne und nicht-traditionellen Sinne, Bewußtsein und Selbst-Bewußtsein: all dies sind sprachliche Mittel der wissenschaftlichen Unsicherheit), sondern sie zeigen auch die Widersprüche auf, die entstehen können, wenn man sich auf Mutmaßungen anstatt auf empirisch gesicherte Erkenntnisse stützen muß.

Den Mangel an solchen empirischen Untersuchungen über das Nationalbewußtsein der DDR-Bevölkerung kann man Ludz natürlich nicht zum Vorwurf machen. Die Tatsache allein, daß es aus der DDR selbst keine zuverlässigen Daten zu diesem Themenkomplex gibt (die von dem dem ZK angeschlossenen Meinungsforschungsinstitut erarbeiteten Analysen werden streng geheim gehalten — der gelegentliche Abdruck eines Fragebogens in der westdeutschen Presse läßt allerdings darauf schließen, daß die Fragestellungen zur Untersuchung der Frage nach dem Nationalbewußtsein u. U. wenig beitragen können), muß jeden Versuch, das Nationalstaatsbewußtsein der DDR-Bevölkerung zu bestimmen, zu einem etwas zweifelhaften intellektuellen Unternehmen machen. Das heißt allerdings nicht, daß eine solche Untersuchung völlig unmöglich wäre; es bedeutet vor allem auch nicht unbedingt, daß es etwas, was sich im

⁷⁾ Peter C. Ludz, The German Democratic Republic from the Sixties to the Seventies, Cambridge/Mass. 1970, S. 12, S. 29, S. 55.

Augenblick nur schwer wissenschaftlich untersuchen läßt, deshalb auch nicht geben kann — eine Schlußfolgerung, die oftmals allzu schnell gezogen zu werden scheint.

Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, bei allen Schwierigkeiten und trotz mancher Zweifel an einzelnen Untersuchungsmethoden, ein grobes Bild von der Entwicklung des Nationalstaatsbewußtseins der Bevölkerung der DDR während der vergangenen zwanzig Jahre zu zeichnen. Dieses Bild setzt sich zusammen aus den zumeist journalistischen Berichten einzelner DDR-Reisender, aus Meinungsumfragen unter Bürgern der DDR, die vor dem Bau der Mauer nach West-Berlin reisten, sowie aus Meinungsumfragen unter West-Berlinern und Westdeutschen, die (nach dem Bau der Mauer) zu Verwandtenbesuchen in die DDR gereist waren. Das Meinungsumfragematerial, zumeist im Auftrag der Bundesregierung erarbeitet, ist zum weitaus größten Teil noch nicht veröffentlicht worden, unter anderem wohl auch deshalb nicht, weil einzelne Umfragen für sich allein betrachtet tatsächlich ein falsches Bild der wirklichen Meinungslage ergeben könnten. Es werden deshalb in der folgenden Untersuchung eine Reihe von Meinungsumfragen ganz bewußt zusammengestellt und dann in dieser Zusammenstellung mit den Aussagen einzelner DDR-Besucher in Verbindung gesetzt. Nur auf diese Weise läßt sich ein einigermaßen zuverlässiges, wenn auch keineswegs naturgetreues Bild von der Entwicklung des Nationalbewußtseins der DDR-Bevölkerung gewinnen.

Hinweise auf die Existenz eines eigenen Nationalstaatsbewußtseins in der DDR sind in einer Reihe von journalistischen Darstellungen der DDR enthalten, die nach dem Bau der Mauer entstanden sind. Interessanterweise handelt es sich dabei — mit zwei bemerkenswerten Ausnahmen — um Eindruckschilderungen von Ausländern mit sehr engen, persönlichen Bindungen an Deutschland (durch Geburt oder durch Heirat); die Tatsache, daß hier Nicht-Deutsche ihre Eindrücke schildern, könnte u. U. auf eine größere Objektivität der Darstellungen schließen lassen.

Die ersten nach 1961 verfaßten Reiseberichte aus der DDR sprachen noch nicht von der Entwicklung eines ostdeutschen Nationalstaatsbewußtseins, obwohl sie darauf hinwiesen, daß „kein Zweifel daran bestehen kann, daß (das augenblickliche Regime) bereitwillig

ger von den jüngeren als von den mittleren oder älteren Jahrgängen akzeptiert wird“⁸⁾ und daß, allgemein gesprochen, „der unsichtbare Graben zwischen den beiden Deutschlands sich vertieft“⁹⁾.

Es war Theo Sommer, der zusammen mit zwei anderen Mitarbeitern der *Zeit* im Frühjahr 1964 eine „Reise in ein fernes Land“ unternahm und zum erstenmal DDR-Behauptungen von der Entwicklung eines „Staatsbewußtseins“ in der DDR bestätigte: „In der Tat ist in der DDR ein solches Staatsbewußtsein im Entstehen. Viele meiner Gesprächspartner, auch Kritiker des Regimes, sprachen wie selbstverständlich von ihrer ‚Republik‘: ‚Wir haben in der Republik jetzt das und das gemacht...‘, ‚unsere Republik hat...‘ Es ist noch ein zaghaftes Staatsbewußtsein, ein ‚unterbewußtes Staatsbewußtsein‘, wie es ein FDJ-Funktionär ausdrückte, aber doch schon deutlich genug ausgeprägt, um die Andersartigkeit der DDR, ihre Verschiedenheit von der Bundesrepublik sichtbar werden zu lassen — und die Tatsache, daß die Bevölkerung dieser Verschiedenheit in zunehmendem Maße gewärtig ist“¹⁰⁾.

Spätere Reiseberichte bestätigten Sommers Analyse. Der amerikanische Journalist Welles Hangen schrieb 1966 von der Entwicklung „zweier Mentalitäten“, von „der Tatsache, daß Deutschland heute aus zwei Geisteshaltungen sowohl als auch aus zwei Staaten besteht“, daß „Zeit und Umstände zwei Gesellschaften geschaffen haben, zwei Lebensweisen, zwei Teutonische Welten“, so daß das, „was Ulbricht ‚sozialistisches Bewußtsein‘ nennt, ich ‚Teutonisches Bewußtsein‘ nennen würde“¹¹⁾. Auch der Princeton-Professor Jean Smith wies 1967 darauf hin, daß die DDR in vielem „deutscher“ sei als die Bundesrepublik, sich aber vielleicht gerade auf dieser Tatsache ein neues Nationalstaatsbewußtsein gründe. In einer Zusammenfassung seiner Eindrücke meinte er: „Die DDR war ganz ohne Zweifel deutsch, ihr industrieller und landwirtschaftlicher Fortschritt war eindrucksvoll und die Regierung erfreute sich jetzt eines substantiellen Maßes von Unterstützung. Es war deutlich festzustellen, daß

⁸⁾ Joseph Wechsberg, *Journey through the Land of Eloquent Silence. East Germany Revisited*, Boston 1964, S. 52.

¹⁰⁾ Marion Gräfin Dönhoff, Rudolf Walter Leonhardt, Theo Sommer, *Reise in ein fernes Land. Bericht über Kultur, Wirtschaft und Politik in der DDR*, Hamburg. 1964, S. 104.

¹¹⁾ Welles Hangen, *The Muted Revolution. East Germany's Challenge to Russia and the West*, New York 1966, S. VI, 163, 184.

⁸⁾ Franz von Nesselrode, *Germany's Other Half. A Journalist's Appraisal of East Germany*, London 1963, S. 203.

ein Gefühl von nationaler Identität in Ostdeutschland am Entwickeln war; die Bundesrepublik wurde immer stärker als etwas Fremdes empfunden, und Ulbricht erfreute sich verbreiteten Respekts, wenn nicht Popularität.“¹²⁾

Die These von der Entwicklung eines DDR-Staatsbewußtseins wurde 1966/67 am nachdrücklichsten von dem deutsch-amerikanischen Professor Hans Apel vertreten, der in den Jahren 1962, 1964 und 1966 für längere Zeit die Möglichkeit hatte, „ohne Reisebegleiter“ (so der Titel seines ersten Buches, 1965 erschienen) Gespräche mit Bürgern der DDR zu führen. Diese Gespräche machte er zur Grundlage einer semi-statistischen Darstellung der Entwicklung eines DDR-Staatsbewußtseins. Apel argumentierte, auf Grund seiner (unzulänglichen) Umfragemethoden festgestellt zu haben, daß zwischen 1962 und 1966 ein DDR-Staatsbewußtsein (an anderer Stelle nannte er es ein „Staatsgefühl“¹³⁾) von anfänglich 37 % auf 71 % der Bevölkerung der DDR angestiegen sei¹⁴⁾. Diese Zahlen schienen so unglaublich und Apels Darstellung selbst so überspitzt und zugleich naiv, daß seine vorläufigen Forschungsergebnisse fast durchweg abgelehnt wurden, obwohl sie doch nur das bestätigten, was andere DDR-Reisende zuvor auch schon berichtet hatten.

Auch nachfolgende DDR-Berichte schienen Apels Zahlen, wenn auch vielleicht nicht in ihrem absoluten Ausmaß, zu bestätigen. So faßte z. B. der deutsch-amerikanische Journalist John Dornberg seine langjährigen Erfahrungen in einem 1968 erschienenen Buch folgendermaßen zusammen: „Auf Grund der Tatsache, daß ich die DDR wiederholt seit 1960 besucht habe, bin ich in der Lage gewesen, ihre Transformation von der grimmigen letzten Bastion des Stalinismus in ein Land, das von Selbstvertrauen und erwachendem Nationalismus strotzt, zu verfolgen. Ich habe gesehen, wie die Menschen Osteuropas, die am meisten verbittert und enttäuscht waren, zu einer Nation von 17 000 000 geworden sind, in einer trotzig und defensiven Art stolz auf ihre Leistungen ... Es macht keinen Unter-

schied, ob der wachsende Nationalismus der DDR künstlich durch Propaganda großgezogen wurde oder ob er natürlich im Boden wachsenden Wohlstandes erwuchs. Für den Ostdeutschen, der diesen Nationalismus fühlt und erlebt, ist er wirklich und wird sein Denken bestimmen und seine Handlungen beeinflussen.“¹⁵⁾

Selbst der westdeutsche Fernsehjournalist Hanns Werner Schwarze bestätigte in einem 1969 erschienenen Buch: „Die DDR ist keine Zone mehr“. Dabei schilderte er ausführlich das sich im Kontakt mit Ausländern und vor allem auch mit Westdeutschen äußernde Selbstbewußtsein des größten Teils der DDR-Bevölkerung, wobei er jedoch einschränkend bemerkte, es sei ein „Selbstbewußtsein mit dünner Haut und entsprechender Empfindlichkeit“¹⁶⁾. Er ließ die Frage offen, ob sich hinter diesem Selbstbewußtsein auch ein Staatsbewußtsein entwickelt habe.

Eindeutig beantwortete diese Frage ein Jahr später der Schweizer Journalist Andreas Kohlschütter, der in einem *Zeit*-Artikel unter der Überschrift „Sie sagen ‚Ja‘ zu ihrem Staat“ nach einem dreiwöchigen DDR-Aufenthalt berichtete, daß auf dem Untergrund eines „Arrangement mit Vorbehalten“ etwas entstanden sei, „was man als DDR-Staatsbewußtsein bezeichnet: eine Haltung, in der sich über das rein alltagsbedingte Zugehörigkeitsgefühl hinaus Zustimmung zur politischen Systemordnung und Identifikation mit dem Staatswesen ausdrücken. Dieses Bewußtsein hat sich seit meiner letzten DDR-Reise im Jahre 1965 auffallend gefestigt und präzisiert.“¹⁷⁾ Auch er verwies auf den „urdeutschen Charakter“ der DDR und kam zu dem Schluß: „Das preußisch-ostdeutsch-kommunistische Patriarchat, das uns als ein permanenter Entmündigungsvorgang erscheint, ist schon zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Es wird nicht mehr in Frage gestellt, sondern grundsätzlich bejaht, für gut und richtig befunden. Es begründet jenes Gefühl der Geborgenheit, über dessen Fehlen sich ostdeutsche Flüchtlinge im Westen so oft beklagen.“¹⁸⁾ Selbst wenn sich viele, auch die jüngere Generation, noch als „Deutsche“ fühlten, so messen sie „diesem Empfinden ...

¹²⁾ Jean Edward Smith, *Germany Beyond the Wall. People, Politics ... and Prosperity*, Boston 1967, S. 73 f.

¹³⁾ Hans Apel, Bericht über das „Staatsgefühl“ der DDR-Bevölkerung, in: *Frankfurter Hefte*, 22, 3 (März 1967), S. 168 ff.

¹⁴⁾ Hans Apel, *DDR 1962 — 1964 — 1966*, Berlin 1967, S. 247 ff.

¹⁵⁾ John Dornberg, *The Other Germany*, New York. 1968, S. VII, 349.

¹⁶⁾ Hanns Werner Schwarze, *Die DDR ist keine Zone mehr*, Köln. 1969, S. 105.

¹⁷⁾ Andreas Kohlschütter, Sie sagen „Ja“ zu ihrem Staat, in: *Die Zeit*, 7. August 1970, S. 3/4.

¹⁸⁾ Für eine eindrucksvolle Beschreibung dieses Gefühls siehe Barbara Grunert-Bronnen (Hg.), *Ich bin Bürger der DDR und lebe in der Bundesrepublik*, München 1970.

aber keinen politischen Aktualitätswert mehr bei, es macht sie auch keineswegs zu politischen Verbündeten der Bundesrepublik". Mit anderen Worten: Wenn man diesen Berichten Glauben schenken darf, so hat ein Nationalstaatsbewußtsein bezogen auf die DDR ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein verdrängt. Damit wäre die Existenz Deutschlands als *Bewußteinsnation* zumindest in Frage gestellt.

Alle hier zitierten Berichtersteller über die DDR stützten die Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen über die Entwicklung eines DDR-Staatsbewußtseins seit dem Bau der Mauer auf die Tatsache, daß sie — zum Teil mehrere Male — die Möglichkeit hatten, mit x-beliebigen DDR-Bürgern offen sprechen zu können. Sozialwissenschaftlich ausgedrückt heißt das: sie fühlten sich berechtigt, auf Grund einer Zufallsauswahl von Eindrücken, die sie im Gespräch mit einzelnen DDR-Bürgern gewonnen hatten, auf die Einstellung der Gesamtbevölkerung schließen zu können. Namhafte westdeutsche DDR-Experten, denen der Zugang zur DDR oft versperrt bleibt, haben sich bisher geweigert, diese Schilderungen als repräsentativ für die Gesamtbevölkerung der DDR anzuerkennen. Sie tun, wie vor zwei Jahren Johannes Kuppe, solche Berichte als „Modeerscheinung“ ab und halten daran fest, daß ohne empirische Forschung an Ort und Stelle zuverlässige Aussagen über die DDR nicht möglich sind ¹⁹⁾.

Für den Sozialwissenschaftler allerdings ist gerade die Zunahme solcher „Modeerscheinungen“ ein wichtiges Datum, das er zur Kenntnis nehmen muß, wie wir es hier getan haben. Dennoch muß man natürlich weiteres Datenmaterial hinzuziehen, um zu noch zuverlässigeren Aussagen über die Entwicklung eines DDR-Nationalbewußtseins gelangen zu können. Solches Datenmaterial ist in der Form von Meinungsumfragen erhältlich, die — obwohl sie nicht direkt in der DDR durchgeführt wurden — unter DDR Bürgern während der vergangenen zwanzig Jahre erhoben wurden, und zwar zunächst unter Ostdeutschen, die nach West-Berlin kamen, und seit 1961 unter Westdeutschen und West-Berlinern, die die DDR besuchten ²⁰⁾.

¹⁹⁾ Johannes Kuppe, Problematische Arbeit über DDR-Außenpolitik, in: Deutschland Archiv, 3, 1 (Januar 1970), S. 40.

²⁰⁾ Außerdem wurden in den Jahren von 1956 bis 1958 von INFRATEST detaillierte Untersuchungen unter DDR-Flüchtlingen durchgeführt, deren Ergebnisse aber auf Grund des befragten Personenkreises und der für unsere Interessen sehr begrenzten Fragestellungen für diese Analyse nicht herangezogen wurden.

Es erscheint müßig, darauf hinzuweisen, daß die Ergebnisse solcher Meinungsumfragen keineswegs als völlig repräsentativ für die Meinungen der Gesamtbevölkerung der DDR gelten können. Selbst wenn man annimmt, daß die Meinungsforschungsinstitute ihre Arbeit — von der Erstellung der Fragebögen über die Feldarbeit bis hin zur Auswertung — in tadelloser Weise bewerkstelligt haben, so daß man Kritik von dieser Seite her ausklammern kann, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß der Teil der Bevölkerung, von dem die Stichproben für die Befragungen gezogen wurden, in keiner Weise für die Gesamtbevölkerung repräsentativ ist. Vor dem Bau der Mauer konzentrierten sich die westdeutschen Bemühungen zur Erforschung der ostdeutschen Meinung auf DDR-Besucher in West-Berlin, deren Anwesenheit in West-Berlin aber schon von vornherein ihr grundsätzliches Interesse für Westdeutschland verriet.

Nach dem Bau der Mauer mußte man sich darauf beschränken, West-Berliner und westdeutsche Besucher der DDR über ihre Eindrücke in der DDR auszufragen, also gleichsam eine große, statistisch gesicherte Anzahl von DDR-Reiseberichten zu erhalten und auszuwerten. Selbst wenn man eine ganze Reihe von methodologischen Problemen außer acht läßt, die eine solche Befragungsmethode aufwirft, so steht doch auf Grund der Tatsache, daß sich nur nahe Verwandte besuchen konnten, von vornherein fest, daß der Teil der DDR-Bevölkerung, der für die Stichproben quasi herangezogen wurde, wiederum am ehesten dem Westen freundlich gesinnt war. Dieser eher konservative Einschlag, den wir bei diesen Untersuchungsmethoden vermuten, sollte aber nicht allzu hinderlich sein für unsere Untersuchung; denn sollten sich dennoch im Laufe der Zeit wichtige Verschiebungen im Meinungsbild dieser kleinen Teilgruppe erkennen lassen, so wäre dies u. U. ein noch zuverlässigeres Indiz für das Anwachsen eines DDR-Nationalstaatsbewußtseins, als wenn man sich etwa auf eine dem System von vornherein freundlicher gesinnte Bevölkerungsschicht gestützt hätte, wie dies wahrscheinlich für die oben zitierten Journalisten zutraf, deren Kontakte sich zu einem großen Teil auf SED-Funktionäre beschränkten.

Bedauerlicherweise muß jedoch gleich am Anfang dieser Untersuchung klargestellt werden, daß nur sehr wenige Fragen in diesen Meinungsforschungsuntersuchungen gestellt wurden, die ein direktes Licht auf das Anwachsen eines DDR-Nationalstaatsbewußtseins bzw. auf die Abschwächung eines ge-

samtdeutschen Nationalbewußtseins werfen könnten. Vor allem die Befragungen in den fünfziger Jahren beschränkten sich zu einem großen Teil darauf, die Resonanz westlicher Radiosendungen im Osten zu verfolgen²¹⁾ oder ostdeutsche Einstellungen zur Sowjetunion und zum Westen, zu den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik, über Eisenhower und Adenauer, über die Vorteile des Lebens im Westen und die untragbaren Zustände in der DDR festzustellen — kurz gesagt, um nachzuweisen, daß, alles in allem, die Ostdeutschen fest hinter dem Westen standen und die Westmächte nicht für das Versagen der Wiedervereinigungsbemühungen verantwortlich machten. Der ständig anhaltende Strom von Flüchtlingen trug dazu bei, diese Ansichten zu bestärken, denn, so nahm man an, die Flüchtlinge „stimmten mit ihren Füßen“ für den Westen.

Aber es gab schon sehr früh einige wissenschaftlich erarbeitete Hinweise, die dieser Ansicht widersprachen. Das Institut für Demoskopie in Allensbach z. B. veranstaltete während der „Weltjugendfestspiele“ 1951 in Ost-Berlin eine Umfrage unter 500 DDR-Jugendlichen, die zu einem Abstecher nach West-Berlin gekommen waren. Die Resultate dieser Untersuchung faßte das Institut folgendermaßen zusammen: „Es wäre höchst bedenklich, wollte man von der vorwiegend westlichen Einstellung der Befragten auf eine ähnliche Einstellung der gesamten Ostzonen-Jugend schließen, zumal die Ergebnisse dieser Umfrage — wenn auch in schwacher Tendenz — eine stetig wachsende Zustimmung zum östlichen System und eine zunehmende Wirksamkeit der kommunistischen Parolen erkennen lassen — schwache Tendenzen, die freilich bei der westlichen Einstellung der Befragten besonders ins Gewicht fallen. Wenn auch das Bewußtsein für die westliche Lebensform bei einem bedeutenden Teil der Ostzonen-Jugend heute noch lebendig ist, so ist damit nicht gesagt, daß diese oppositionelle Einstellung zum Ostzonen-Regime auf die Dauer unvermindert fortbestehen wird.“²²⁾

Diese Schlußfolgerung spiegelte eine grundsätzliche Befürchtung vieler Westdeutscher wider, die sich um die zukünftige Entwicklung in der DDR Sorge machten; daß sich nämlich die Bevölkerung der DDR langsam an

²¹⁾ Dies trifft vor allem für Umfragen zu, die DIVO periodisch im Auftrag der United States Information Agency durchführte.

²²⁾ Institut für Demoskopie Allensbach, „Jugend zwischen Ost und West“, Archiv Bericht Nr. 1531, Herbst 1951, S. 32.

die vorherrschenden gesellschaftlichen und politischen Lebensbedingungen anpassen würde, daß sie diese annehmen würde, nicht so sehr, weil sie ihnen etwa aus Überzeugung zustimmen könnte, sondern weil sie keine andere Wahl sehen würden. Vor allem fürchtete man, daß ein Aufgeben der Hoffnung auf Wiedervereinigung, zusammen mit einem Arrangement mit den Zuständen in der DDR, zu einem Abklingen der „oppositionellen Haltung“ der Bevölkerung der DDR führen könnte. Obwohl vor allem die Bundesregierung ständige Bemühungen unternahm, die Hoffnung auf Wiedervereinigung im Osten und im Westen aufrechtzuerhalten und die Ostdeutschen vor allem davon zu überzeugen, daß die Verhältnisse in der DDR in der Tat untragbar waren²³⁾, sollten sich diese Befürchtungen letztlich bewahrheiten.

Schon 1951 zeigte sich die Bevölkerung der DDR über die Aussichten auf Wiedervereinigung sehr viel pessimistischer als die westdeutsche Bevölkerung, wie aus Tabelle 1 deutlich hervorgeht. Daß ihre oppositionelle Einstellung allerdings noch nicht verfliegen war,

Tabelle 1:

„Glauben Sie, daß so wie die Dinge heute liegen, die Chancen für eine Wiedervereinigung Deutschlands gut oder schlecht sind?“

Oktober 1951	DDR*	BRD
sehr gut	3 %	2 %
gut	25 %	24 %
mäßig	12 %	13 %
schlecht	44 %	31 %
sehr schlecht	14 %	10 %
keine Meinung	2 %	20 %

*) DDR-Stichprobe (N = 215) unter ostdeutschen Besuchern zur West-Berliner Industrieausstellung.

Quelle: HICOOG, # 115, 19. Dezember 1951²⁴⁾.

das bewiesen die Ereignisse des 17. Juni 1953. Aber obwohl die Unruhen mit Hilfe sowjetischer Panzer unterdrückt worden waren,

²³⁾ Dennoch rief die Bundesregierung die Bewohner der DDR dazu auf, der DDR nicht den Rücken zu kehren.

²⁴⁾ Es handelt sich bei den HICOOG-Untersuchungen um Umfragen, die im Auftrag des amerikanischen High Commissioner of Germany regelmäßig durchgeführt wurden. Diese Untersuchungen sind zum Teil in hektographierter Form von den Amerikahäusern erhältlich.

blieb dieser Aufstand doch nicht ohne positive Auswirkungen auf die Bevölkerung der DDR; immerhin konnten 61 % ostdeutscher Besucher in West-Berlin auf „eine Reihe vorteilhafter Veränderungen“ hinweisen²⁵). Diese Demonstration der Unzufriedenheit schien die Funktion eines Ventils für aufgestauten Ärger erfüllt zu haben; die darauf folgenden Änderungen der Politik der SED-Führung mögen dann zum Beginn eines stärkeren Arrangements mit der persönlichen Lage in der DDR beigetragen haben. Eine drastische Abnahme der Flüchtlingsziffern (von 110 000 pro Vierteljahr in den beiden ersten Quartalen von 1953 auf 40 000 im letzten Quartal 1954) schien diese psychologischen Auswirkungen der Ereignisse vom 17. Juni widerzuspiegeln. Allerdings — auch das zeigten Meinungsumfragen — schien die Bevölkerung der DDR nach wie vor in militanter Weise am Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands festzuhalten; im Herbst 1953 z. B. waren 60 % (von 448 Besuchern in West-Berliner Lebensmittelverteilungsstellen) bereit, notfalls die Wiedervereinigung auch mit Waffengewalt zu erreichen, sollten friedliche Verhandlungen nicht die Wiedervereinigung bringen²⁶). Auch eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Konzession für die Erreichung der Wiedervereinigung fand anscheinend keine Zustimmung bei der Bevölkerung der DDR²⁷). Noch war das gesamtdeutsche Nationalbewußtsein ungeboren.

Eine groß angelegte Untersuchungsreihe „Zur politischen Einstellung der Bevölkerung der Sowjetzone“, die das EMNID-Institut jährlich

²⁵) Siehe HICOG-Untersuchungsbericht Nr. 185, 27. August 1953 (N = 436 ostdeutsche Besucher in Westberliner Lebensmittelverteilungsstellen).

²⁶) Siehe HICOG-Untersuchungsbericht Nr. 186, 18. September 1953 (N = 448 ostdeutsche Besucher in Westberliner Lebensmittelverteilungsstellen).

²⁷) Siehe HICOG-Untersuchungsbericht Nr. 193, 18. Januar 1954 (N = 448).

dreimal zwischen 1956 und 1960 unter ostdeutschen Besuchern der Grünen Woche (GW), der Industrieausstellung (IA) und West-Berlins (WB) allgemein durchführte²⁸), zeigte im großen und ganzen, wie eine Zustimmung zu den Verhältnissen in der DDR vor allem in den Jahren zwischen 1956 und 1958 anwuchs, dann aber wieder sich abschwächte — eine Tatsache, die schließlich in den wieder ansteigenden Flüchtlingszahlen und dem Bau der Mauer ihren für alle Welt sichtbaren Ausdruck fand.

Es erwies sich aber auch in diesen Untersuchungen, daß die Hoffnung auf Wiedervereinigung während dieser Jahre geringer wurde (Tabelle 2) und man sich vor allen Dingen allmählich nicht mehr so recht vorstellen konnte, mit welchen politischen Mitteln denn der Westen eine Wiedervereinigung erreichen könnte (Tabelle 3).

Zusammen mit einem Gefühl der Desillusion über die Chancen für und Möglichkeiten zur Erreichung der Wiedervereinigung kam ein ständig anwachsendes Desinteresse an Westdeutschland. Wie Tabelle 4 zeigt, sank die Zahl derjenigen DDR-Bewohner, die sich regelmäßig über Ereignisse in der Bundesrepublik informierten, zwischen 1956 und 1960 drastisch ab — ein starkes Indiz dafür, daß die Bevölkerung der DDR ihre Aufmerksam-

²⁸) EMNID interviewte regelmäßig 1000 zufällig ausgewählte DDR-Besucher auf der Grünen Woche (jeweils im Februar), auf der Industrieausstellung (jeweils im September) und an den Sektorenübergängen (jeweils im Juli). In den folgenden Tabellen werden die Ergebnisse der Umfragen einzeln aufgeführt, und zwar jeweils in einer eigenen Reihe für Grüne Woche (GW), West-Berlin allgemein (WB) und Industrieausstellung (IA). Auf diese Weise können sowohl die Trends innerhalb der einzelnen Bevölkerungsgruppen (vor allem Bauern auf der Grünen Woche, Techniker auf der Industrieausstellung) als auch der Gesamttrend verfolgt werden.

Tabelle 2:

„Rechnen Sie damit, daß die Trennung zwischen Mitteldeutschland und der Bundesrepublik in absehbarer Zeit fortfällt und wieder ein gemeinsames Deutschland entsteht oder ist Ihrer Meinung nach innerhalb der nächsten Jahre nicht damit zu rechnen?“

	1956	1957	1958	1959	1960	
erwarten Wiedervereinigung	49	36	26	27	31	GW
	31	36	23	23		WB
	37	30	16	31		IA

Quelle: EMNID, „Zur politischen Einstellung der Bevölkerung der Sowjetzone“.

Tabelle 3:

„In welcher Beziehung könnte man vom Westen aus mehr als bisher für die Wiedervereinigung tun?“ (nur teilweise Antworten)

	1956	1957	1958	1959	1960	
Verhandlungen, Zugeständnisse	20	21	28	25	13	GW WB IA
	38	34	28	21		
	31	23	34	13		
Politik der Stärke, Initiativen	16	19	13	18	28	GW WB IA
	26	14	16	32		
	23	19	10	23		
nichts, weiß nicht	41	37	44	42	52	GW WB IA
	20	29	39	34		
	26	42	40	55		

Quelle: EMNID, „Zur politischen Einstellung der Bevölkerung der Sowjetzone“.

Tabelle 4:

„Unterrichten Sie sich bei sich zu Hause häufiger bzw. regelmäßig über die Entwicklung im Bundesgebiet — oder haben Sie dazu keine Gelegenheit?“

	1956	1957	1958	1959	1960	
häufig/regelmäßig	76	63	47	35	39	GW IA
	59	50	43			
gelegentlich	11	25	34	31	33	GW IA
	19	32	28			
selten	6	9	15	25	17	GW IA
	12	14	25			
kein Interesse keine Antwort	7	3	4	9	11	GW IA
	9	4	4			

Quelle: EMNID, „Zur politischen Einstellung der Bevölkerung der Sowjetzone“.

keit immer mehr auf ihre eigenen Angelegenheiten lenkte und sich für gesamtdeutsche Entwicklungen weniger zu interessieren begann: Erste Hinweise also auf eine Trennung der Kommunikationsströme mit Primärinformationen über die Nation. Der Prozeß der Entfremdung hatte eingesetzt.

Ohne Zweifel wurde das wachsende Desinteresse der DDR-Bevölkerung an Entwicklungen in der Bundesrepublik durch eine durchweg kritische Einstellung gegenüber den Westdeutschen gefördert — eine Einstellung, die sich zum Teil auf Neid auf den westdeutschen Wohlstand gründete (die Westdeutschen seien „zu reich“, „zu satt“, „nur an materiellen Dingen interessiert“, hieß es da), zum Teil aber auch ein Gefühl des Ärgers und der Frustration über ein — tatsächliches oder scheinbares — Desinteresse der westdeutschen Bevölkerung an der DDR im allgemeinen und an einer Besserung der Zustände in der DDR insbesondere als Ursache hatte.

Im Durchschnitt hatten nur etwa 20 % aller Befragten eine wohlwollende Meinung von ihren westdeutschen „Brüdern und Schwestern“; mehr als 50 % hatten nur bittere Bemerkungen für die Westdeutschen übrig, während ungefähr 30 % sich zum Teil positiv, zum Teil negativ über die Westdeutschen äußerten. Es war aber genau auf der Basis einer solchen Mischung von Neid, Vorwürfen und Sich-vergessen-Fühlen, auf der — wie Beobachter der DDR schon seit Jahren festgestellt haben — ein DDR-Nationalstaatsbewußtsein Gestalt anzunehmen begann.

Bedenkt man, wie konstant diese neidvoll-kritische Grundhaltung vieler Bürger der DDR

gegenüber dem westlichen Deutschland während der fünfziger Jahre war, so kann es eigentlich nicht verwundern, daß mit der Zeit auch die geistige Anziehungskraft des Westens nachzulassen schien; dabei weist die Tatsache, daß man der östlichen Ideologie vergleichsweise nicht mehr Vertrauen schenkte, darauf hin, daß die DDR-Bevölkerung sich mit den gegebenen Verhältnissen wohl zu arrangieren begann, sie aber nicht unbedingt akzeptierte (Tabelle 5). Sicherlich beruhte das Nachlassen der Attraktivität des Westens zum Teil auf einer gewissen Resignation in Anbetracht der Tatsache, daß es dem Westen nicht gelang, die Verhältnisse in der DDR entscheidend zu verändern; andererseits aber zeigte es sich auch, daß die Verhältnisse in der DDR selbst in zunehmendem Maße günstiger eingeschätzt wurden. Dies traf vor allem für die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse zu (Tabelle 6), äußerte sich aber auch in einer zunehmend günstigeren Beurteilung der Entwicklung der Jugend in der DDR, der kulturellen Verhältnisse in der DDR und insbesondere auch in der Tatsache, daß die Zahl derer, die außer wirtschaftlichen Schwierigkeiten „sonst nichts Bedrückendes“ am Leben in der DDR fanden, von rund 20 % im Jahre 1956 auf 47 % im Februar 1958 anstieg. Das vorsichtige Gefühl der Zufriedenheit, das in diesen Untersuchungen zu Tage trat, wich allerdings 1958 — nach neueinsetzenden Reisebeschränkungen, Chruschtschows Berlin-Ultimatum und der Forcierung der Kollektivisierung der Landwirtschaft — wieder einem Gefühl der Unzufriedenheit und Bedrücktheit (1956 und 1957 hatten sich nur etwa 35 % durch Unfreiheit und Rechtlosigkeit bedrückt gefühlt; 1958 schwoll diese Zahl auf knapp 60 %).

Tabelle 5:

„Welche Seite halten Sie in der gegenwärtigen geistigen Auseinandersetzung für erfolgreicher: den Osten oder den Westen?“

	1956	1957	1958	1959	1960	
Westen erfolgreicher	87		66	45	52	GW
	75	76	61	59		WB
		68	58	48		IA
Osten erfolgreicher	10		7	11	17	GW
	17	16	14	22		WB
		8	5	9		IA

Quelle: EMNID, „Zur politischen Einstellung der Bevölkerung der Sowjetzone“.

Auch wirtschaftlich, so fühlte man, ging es nach 1958 wieder bergab ²⁰⁾).

Die Tatsache, daß Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit den Verhältnissen in der DDR

²⁰⁾ Wie die Ergebnisse von zwei anderen Umfragen zeigen, wuchs vor allem die Unzufriedenheit mit kurzfristigen Verschlechterungen der Verhältnisse in den Jahren zwischen 1956 und 1958 sehr stark an. Im September 1956 antworteten noch 47 % (von 500 DDR-Besuchern auf der Industrieausstellung), die Verhältnisse in der DDR hätten sich kürzlich verbessert; 1958 waren es nur noch 9 % (von 400 Industrieausstellung-Besuchern). Siehe den Untersuchungsbericht des Research Staff, United States Information Service, American Embassy, Germany, Nr. C-22, 22. Oktober 1958.

auch die Einstellung der Bevölkerung gegenüber ihrer Regierung beeinflusste — eine Einstellung, die zwischen vorsichtiger Unterstützung und entschiedener Ablehnung schwankte —, wird aus den Antworten auf die Frage nach ost-west-deutschen Verhandlungen und nach der Anerkennung der DDR-Regierung durch die Bundesregierung deutlich. Wie aus den Tabellen 7 und 8 hervorgeht, ergaben sich zwischen den „guten Jahren“ 1957 und 1958 und den „schlechten Jahren“ 1956 und 1959/1960 starke Veränderungen im Meinungsbild der DDR-Bevölkerung.

Der Bau der Mauer in Berlin am 13. August 1961 symbolisierte das Versagen der Regie-

Tabelle 6:

„Wenn Sie Ihre heutige Lebenshaltung zu Hause mit Ihrer persönlichen Lebenshaltung von 1950 vergleichen — ich meine damit nur Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse damals und heute —: hat sich dann Ihre Lebenshaltung verbessert, verschlechtert, oder ist sie gleichgeblieben?“

	1956	1957	1958	1959	1960	
verbessert	33	56	57	77	51	GW
	53	72	73	70		WB
	47	65	71	69		IA

Quelle: EMNID, „Zur politischen Einstellung der Bevölkerung der Sowjetzone“.

Tabelle 7:

„Glauben Sie, daß die Bevölkerung der Zone es begrüßen würde, wenn die Bundesregierung mit der Pankower Sowjetzonen-Regierung Verhandlungen aufnimmt — oder glauben Sie, daß die Bevölkerung der Sowjetzone kein Verständnis dafür haben würde, wenn die Bundesregierung mit der Pankower Sowjetzonen-Regierung überhaupt verhandelt?“

	1956	1957	1958	1959	1960	
begrüßt Verhandlungen			69	61	52	GW
	52	75	92	52		WB
		62	82	56		IA
gegen Verhandlungen			27	34	39	GW
	46	19	7	44		WB
		35	17	39		IA

Quelle: EMNID, „Zur politischen Einstellung der Bevölkerung der Sowjetzone“.

Tabelle 8:

„Wie stehen Sie dazu: sollte die Bonner Bundesregierung die Sowjetzonen-Regierung in Pankow anerkennen oder nicht anerkennen?“

	1956	1957	1958	1959	1960	
anerkennen	11	29	23 21	10 14	7	GW WB IA
nicht anerkennen	74	53 77	73 63 62	65 67 74	75	GW WB IA

Quelle: EMNID, „Zur politischen Einstellung der Bevölkerung der Sowjetzone“.

nung der DDR, ein genügend großes Vertrauen in der Bevölkerung zu gewinnen. Er bedeutete aber auch, im Gegensatz zu ursprünglichen westlichen Erwartungen, einen entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung der Einstellungen der Bevölkerung der DDR gegenüber ihrem Staat, dessen Regierung, gegenüber der Bundesrepublik wie überhaupt gegenüber der deutschen Nation. Obwohl das bisher gebrachte Datenmaterial schon auf die Möglichkeit verwiesen hat, daß selbst vor 1961 bereits eine Anzahl von DDR-Bürgern bereit gewesen war, sich ihrem neuen Staat gegenüber loyal zu verhalten, so war doch deutlich zu erkennen, daß diese Loyalität zu einem großen Teil von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhing, vor allem einem gewissen materiellen Wohlstand, einem Gefühl der Freiheit und einem Sich-verlassen-Fühlen vor allem von den Westdeutschen. Die oben zitierten Beobachter der DDR wiesen fast durchweg darauf hin, daß durch den Bau der Mauer diese Bedingungen letztlich erfüllt wurden: In den Jahren seit 1961 machte die DDR gewaltige wirtschaftliche Fortschritte, die sich auch auf den Lebensstandard jedes einzelnen auswirkten; durch die Sperrung der Grenzen nach Westen konnte es sich die SED erlauben, im Inneren größere Freiheiten zuzulassen und den ideologischen Druck auf die Bevölkerung zu verringern; und die Mauer selbst stellte den besten Beweis dafür dar, daß der Westen keinen Einfluß auf den Lauf der Ereignisse im Osten hatte. Jetzt, wo die Alternative der Flucht nach dem Westen nicht mehr gegeben war — so argumentierten die DDR-Experten —, fanden es viele Bewohner der DDR für vorteilhaft, sich in ihrem Verhalten und dadurch auch letztlich in ihren

Einstellungen mit dem politischen, gesellschaftlichen, und ökonomischen System der DDR zu arrangieren.

Leider — für unsere Zwecke zumindest — machte die Existenz der Mauer die Durchführung weiterer Meinungsumfragen unter Bewohnern der DDR, die nach West-Berlin reisten, unmöglich. Dieser Umstand gestaltet es etwas schwierig, die Darstellungen der journalistischen DDR-Beobachter mit empirischem Datenmaterial zu belegen oder zu widerlegen. Denn wenn es vorher möglich war, sich bei Meinungsumfragen wenigstens direkt an DDR-Bürger wenden zu können, so mußte man sich in der Folgezeit damit begnügen, Meinungen über Meinungen (von Westdeutschen über Ostdeutsche) zu sammeln — ein Vorgehen, das es nahezu unmöglich macht, auch nur eine quasi-repräsentative Stichprobe von DDR-Bewohnern zu erhalten. Dennoch, solches Datenmaterial kann von einem gewissen Wert sein, die Eindrücke einzelner Experten zu unterstützen oder in Frage zu stellen; wir werden deshalb die wenigen existierenden Umfragen dieser Art mit eben dieser Absicht im folgenden darstellen.

Die wenigen seit dem Bau der Mauer vorgenommenen Untersuchungen über das Meinungsbild der DDR-Bevölkerung scheinen im großen und ganzen die Eindrücke der von uns zitierten DDR-Beobachter zu bestätigen, denen zufolge sich in der DDR ein Nationalstaatsbewußtsein zu bilden begonnen hat, das sich in der bewußten Akzeptierung der wesentlichen Bestandteile des politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Systems der DDR äußert. Wie bereits angedeutet, können die Ergebnisse dieser Untersuchungen

natürlich nicht als repräsentativ für die Gesamtbevölkerung der DDR gelten. Zieht man jedoch in Betracht, daß die befragten westdeutschen DDR-Besucher (die nicht nach repräsentativen Merkmalen ausgewählt wurden) sicherlich nicht den DDR-freundlichsten Teil der westdeutschen Bevölkerung darstellen dürften und bedenkt man, daß dies auch für deren Kontaktpersonen in der DDR selbst zutreffen wird (über deren geäußerte oder vermutete Meinung die westdeutschen Besucher befragt wurden), so kann man zwar annehmen, daß ein so entstandenes Meinungsbild verzerrt ist, aber zugleich auch sicher sein, daß dies eher von einer grundsätzlich ablehnenden Haltung geprägt sein dürfte. Dennoch: „Die reinen direkten Auszählungsdaten sind jedenfalls zwar keineswegs wertlos, aber mit gehöriger Vorsicht zu behandeln.“³⁰⁾

Die deutsch-deutsche Besuchswelle, die mit dem Abschluß des Passierscheinabkommens für Weihnachten 1963 einsetzte, eröffnete zum erstenmal die Möglichkeit, zumindest West-Berliner über ihre Eindrücke von und in Ost-Berlin zu befragen. Eine 1963 entstandene Untersuchung nahm „eine Zusammenfassung aller von den Ost-Berlinern geäußerten Einstellungen und Verhaltensweisen vor“ und kam zu dem Ergebnis, „daß 15 % stärkere Sympathien für das Regime vermuten ließen und weitgehend angepaßt waren“. 19 % waren „erklärte Feinde des Regimes“, etwa ein Drittel „Arrangierte mit keinen oder nur partiellen Sympathien“, während ein weiteres Drittel „politisch und ideologisch völlig desinteressiert“ war³¹⁾.

Eine weitere Untersuchung, im Januar/Februar 1966 durchgeführt, brachte anscheinend wesentlich andere Ergebnisse. Insgesamt 238 West-Berliner wurden gefragt, wie sich die „politische Auffassung“ von zwei östlichen Gesprächspartnern „nach Ihrer Meinung“ bezeichnen ließe: Danach waren 14 % der so ermittelten DDR-Bürger „linientreue SED-Anhänger“, „gemäßigte Kommunisten“ und „Mitläufer“, 27 % „unpolitisch“, 27 % „Regimekritiker“

³⁰⁾ Günther F. Seelig und Peter Teigeler, Zur Glaubwürdigkeit vermuteter Meinungen im Osten. Ansätze zur methodenkritischen Prüfung der internen Reliabilität und Validität, INFAS Forschungsbericht, Bad Godesberg: November 1966, S. 52.

³¹⁾ Zitiert nach INFRATEST, Die westdeutsche Bevölkerung und die DDR, hektographierter Forschungsbericht, München April 1968, S. 52. Der Originalbericht stand für diese Untersuchung leider nicht zur Verfügung.

und gar 30 % „scharfe Gegner“³²⁾. Es erweist sich bereits an diesem Beispiel, wie sehr viel DDR-feindlicher das Meinungsbild der DDR-Bevölkerung wirkt, wenn Antworten westdeutscher DDR-Besucher direkt tabuliert werden, als wenn man sich auf eine sorgfältige Auswertung aller Antworten verläßt, wie das bei der Untersuchung von 1963 der Fall war.

Die INFAS-Untersuchung von 1965/1966 zeigte aber bereits, daß sich die Verhältnisse in der DDR seit dem Bau der Mauer offensichtlich doch verbessert hatten, und zwar nicht nur in materieller Hinsicht (Tabelle 9), sondern auch ganz allgemein (Tabelle 10). Noch wichtiger: Die Mehrheit der Bevölkerung der DDR schien sich dieser Verbesserung bewußt (Tabelle 11).

Tabelle 9:

„Geht es [den zwei Gesprächspartnern] in materieller Hinsicht heute besser als vor etwa 5 Jahren, geht es ihm/ihr schlechter oder hat sich da nichts geändert? Oder können Sie das nicht beurteilen?“

1965/1966	West-Berliner über DDR-Bürger
besser	38 %
schlechter	22 %
nicht geändert	36 %
kein Urteil	4 %

Quelle: INFAS, „Vermutete Meinungen im Osten“, Tabelle 6.03.

Tabelle 10:

„Haben Sie den Eindruck, daß sein/ihr Leben in den letzten Jahren leichter geworden ist?“

1965/1966	West-Berliner über DDR-Bürger
leichter geworden	28 %
nicht leichter geworden	52 %
schwerer geworden	15 %
weiß nicht	5 %

Quelle: INFAS, „Vermutete Meinungen im Osten“, Tabelle 6.01.

³²⁾ INFAS, Vermutete Meinungen im Osten. Materialien einer Befragung von Passierscheinbenutzern im Januar/Februar 1966, Bad Godesberg März 1966, Tabelle 3.09.

Tabelle 11:

„Haben Sie neulich in Ostberlin von ... eine ähnliche Feststellung wie diese gehört oder nicht?: In materieller Hinsicht geht es uns heute wirklich besser als vor einigen Jahren.“

1965/1966	West-Berliner über DDR-Bürger
gehört	52 %
nicht gehört	43 %
weiß nicht	5 %

Quelle: INFAS, „Vermutete Meinungen im Osten“, Tabelle 8.05.

Während diese Zahlen zwar kein überwältigendes Gefühl der Verbesserung verraten, zeigen sie doch, daß mehr Bewohner der DDR sich materiell verbessert als verschlechtert hatten, und diese Entwicklung erschien noch sehr viel ausgeprägter unter den jüngeren Altersgruppen (von denen es, nach dem Urteil der West-Berliner, 54 % besser und nur 12 % schlechter ging) als bei den älteren DDR-Bewohnern, von denen man annehmen kann, daß sich mit dem Eintritt in ein höheres Alter die materielle Lage verschlechtert, wie dies ja anderswo leider auch der Fall ist.

INFAS versuchte — über materielle Aspekte des Lebens hinaus — das Gefühl der Zufriedenheit der DDR-Bevölkerung auszuloten, und zwar mit einer Vielfalt von Fragen über allgemeine Aspekte des Alltagslebens und insbesondere über „sozialistische und demokratische Errungenschaften“ der DDR-Gesellschaft. Dieser Versuch schlug im großen und ganzen fehl, da in den meisten Fällen die West-Berliner mit ihren Gesprächspartnern in der DDR darüber nicht gesprochen hatten und so auch über deren Meinungen und Ansichten nicht berichten konnten. Offensichtlich hatte man sich hauptsächlich über nicht-politische Dinge unterhalten, wobei die West-Berliner nahezu übereinstimmend berichteten, man habe sich gut verstanden, offene Gespräche geführt und ähnliche Meinungen in „allgemein menschlichen Fragen“ vertreten. Allerdings mußte man auch feststellen, daß zwischen 35 % und 40 % der Gesprächspartner „vieles“ oder „manches“ in der Bundesrepublik falsch sahen — eine Tatsache, die vor allem für Nicht-Ost-Berliner und jüngere DDR-Bürger zutraf. Vielleicht konnte

man dies dem Umstand zuschreiben, daß von 53 % der Gesprächspartner, die sich über Westdeutschland und die Westdeutschen allgemein äußerten, 30 % eine kritische Meinung hatten, 15 % „teils-teils“ gestimmt schienen und nur 8 % sich „zustimmend“ ausdrückten. Am meisten warf man den Westdeutschen „Gleichgültigkeit“ und „Satttheit“ vor, aber auch „tun nichts“, „reden viel“, „falsche Vorstellungen“ und „Arroganz“ gaben Anlass zu Unmutäußerungen — kurz, eine Liste von Beschwerden, die bis in die fünfziger Jahre zurückreicht.

Da man über die Errungenschaften der DDR offensichtlich wenig sprach — andeutungsweise zeigten sich die Bewohner der DDR zufrieden vor allem mit Entwicklungen auf dem Gebiet der Krankenfürsorge und des Erziehungswesens, unzufrieden mit der Versorgung mit Konsumgütern und der Anwesenheit von sowjetischen Truppen auf dem Boden der DDR —, dafür aber sehr viel Ablehnendes über Ulbricht hörte, gewannen die West-Berliner den Eindruck, daß 70 % ihrer Gesprächspartner lieber woanders als in der DDR leben würden (die meisten in West-Berlin, was diesen Eindruck etwas plausibler macht), und daß 81 % von diesen unwilligen DDR-Bewohnern die DDR auch tatsächlich verlassen würden, wenn sie nur könnten. Wären diese Zahlen in irgendeiner Weise repräsentativ für die Gesamtbevölkerung der DDR (was sie schon allein wegen des Berliner Fokus der Untersuchung nicht sind, der sich gerade bei dieser Frage sehr deutlich bemerkbar macht), so würden sie natürlich einen eindeutigen Beweis gegen die Behauptung darstellen, daß sich in der DDR in den Jahren seit dem Bau der Mauer (bis 1965 zumindest) ein DDR-Bewußtsein entwickelt habe.

Ernst Richert, von INFAS mit einer eingehenderen Analyse der Resultate dieser Meinungsumfrage beauftragt, ließ diesen scheinbaren Gegenbeweis nicht gelten. Er stellte vielmehr die Abwesenheit aller wirklichen Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung in absehbarer Zeit fest sowie ein allgemeines Desinteresse an westdeutschen Angelegenheiten und kam — auf Grund differenzierender Abwägungen der Meinungen verschiedener Gruppen in der DDR — zu dem Schluß, daß „der Zwang, sich zu arrangieren, nahezu allgemein bestimmend [wirkt]“, daher „die als Obrigkeit interpretierte Führung hingenommen wird“ und im übrigen „die überwältigende Mehrheit prinzipiell den ‚Sozialismus‘ [be-

jaht]“³³⁾). Richert sprach bewußt nicht davon, daß sich hinter diesen Entwicklungen das Heranwachsen eines DDR-Staatsbewußtseins abgezeichnet habe; seine Schlußfolgerungen jedoch schienen dies zumindest anzudeuten.

Der kritische Zeitpunkt für die Entwicklung eines DDR-Nationalstaatsbewußtseins allerdings — darauf hatten schon die journalistischen Berichte über die DDR hingewiesen — waren die Jahre nach 1966, als mit dem Scheitern des Redneraustausches die offiziellen Äußerungen der SED letzte gesamtdeutsche Gemeinsamkeiten verneinten und mit der DDR-Staatsbürgerschaft und der Verfassung von 1968 auch der psychologische Druck auf die Bevölkerung, sich zu arrangieren, verstärkt einsetzte. Daß dieser Druck nicht ohne nachhaltige Wirkungen geblieben ist, vor allem auch auf das Bewußtsein der Bevölkerung der DDR, das beweisen die Ergebnisse einer Reihe von Meinungsumfragen unter westdeutschen DDR-Besuchern, die das Münchener Meinungsforschungsinstitut INFRA-TEST seit 1968 in regelmäßigen Abständen durchgeführt hat³⁴⁾. Es geht zwar aus diesen Untersuchungen hervor, daß — nach Aussage der westdeutschen Befragten zumindest — die Bewohner der DDR zu mehr als 70 % „stark“ an einer Wiedervereinigung interessiert waren, obwohl zugleich mehr als die Hälfte während des ganzen Untersuchungszeitraums nicht an die Möglichkeit einer Wiedervereinigung glaubte. Auch beschwerte man sich über ein mangelndes Interesse der Bundesrepublik an der Wiedervereinigung. Den Mauerbau hielten nur etwa ein Viertel der Kontaktpersonen für gerechtfertigt, und eine größere Anzahl von ihnen war offensichtlich der Meinung, sie hätten nach dem Bau der Mauer Freiheiten eingebüßt (was für Leute, die vorher zumindest die Möglichkeit gehabt hatten, sich mit ihren Verwandten in West-Berlin zu treffen, sicherlich keine überraschende Meinung ist). Von diesen Einstellungen her könnte man annehmen, die Bevölkerung der DDR habe ihre Vorbehalte gegen die DDR als Staat noch nicht aufgegeben.

Die Antworten auf direkte Fragen nach den Einstellungen zur DDR als Staat bestätigen

³³⁾ Ernst Richert, Aspekte der Systemanpassung. Zur Interessenlage und Einstellung der Produktionsgesellschaft in der DDR, hektographierter Forschungsbericht, Bad Godesberg August 1966, S. 58 f.

³⁴⁾ Einige Ergebnisse dieser Untersuchungen wurden dem Verfasser auszugsweise vom Bundeskanzleramt zur Verfügung gestellt; die Umfragen selbst werden im Auftrag des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen durchgeführt.

diese Annahme jedoch in keiner Weise. Schon die Tatsache, daß auf Grund dieser Untersuchungen die Zahl der „Systemanhänger“ auf zwischen 24 % und 29 % eingeschätzt wurde, was immerhin eine Verdoppelung der entsprechenden Zahlen von 1963/1965 bedeutete, weist auf das Anwachsen einer positiveren Haltung gegenüber dem System hin. Noch stärker äußert sich diese Zustimmung zur DDR als Staat in dem Anwachsen der Zahl derer, die die DDR für einen „selbständigen Staat wie z. B. Frankreich“³⁵⁾ hielten (Tabelle 12).

Tabelle 12:

„Meint A [ein Gesprächspartner in der DDR], daß die DDR ein selbständiger Staat ist wie z. B. Frankreich oder meint A, daß die DDR kein selbständiger Staat ist?“

	Westdeutsche über DDR-Bürger		
	1968	1969 I	1969 II
DDR ist selbständig	24 %	42 %	39 %
nicht selbständig	34 %	33 %	36 %
nicht darüber gesprochen	42 %	24 %	24 %
	N =241	N =578	N =1162

Quelle: INFRA-TEST, DDR-Untersuchungen.

Wenn man diese Zahlen für einigermaßen repräsentativ für die Gesamtbevölkerung der DDR halten kann (vielleicht sogar eher mit einem konservativen Einschlag), so würden die in Tabelle 12 enthaltenen Resultate Ludz' Behauptung widerlegen, daß die Bevölkerung die DDR nicht als einen souveränen Staat betrachte und sich daher in der DDR kein Nationalbewußtsein im traditionellen Sinne des Begriffes finden lasse.

Die Genauigkeit der Ludz'schen Behauptungen wird auch durch die große Anzahl der DDR-Bürger, die sich für eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik aussprechen, in Frage gestellt (Tabelle 13).

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß — wie sich in späteren Fragestellungen zeigte — von vielen Bewohnern der DDR die Frage der Anerkennung mit der Gewährung von menschlichen Erleichterungen verbunden

³⁵⁾ Interessanterweise lautete 1968 der Vergleich zunächst noch „wie die Bundesrepublik“.

wurde (Tabelle 14) (eine Anerkennung ohne jegliche Gegenleistung wäre ja tatsächlich eine politische Kurzsichtigkeit ersten Ranges). Diese Zahlen bestätigen in eindrucksvoller Weise — eindrucksvoll, weil die Resultate von mehreren Umfragen nur geringfügig voneinander abweichen und sie deshalb, zumindest für den angesprochenen Personenkreis, als gesichert gelten können — die Eindrücke, wie sie über eine Reihe von Jahren hinweg von Beobachtern der Entwicklung in der DDR beschrieben wurden. Es scheint, als habe sich in der Tat eine Art DDR-Nationalstaatsbewußtsein entwickelt.

Tabelle 13:

„Ist A der Ansicht, daß die Bundesrepublik die DDR anerkennen sollte oder ist A gegen eine Anerkennung?“

	Westdeutsche über DDR-Bürger	
	1970 I	1970 II
Für Anerkennung der DDR	43 %	42 %
Gegen Anerkennung der DDR	25 %	27 %
nicht darüber gesprochen	31 %	31 %
	N=578	N=1162

Quelle: INFRATEST, DDR-Untersuchungen.

Tabelle 14:

„Ist Person X der Ansicht, daß die Bundesregierung die DDR auf jeden Fall anerkennen sollte oder nur dann, wenn damit Erleichterungen für die Menschen hüten und drüben verbunden sind oder ist X der Ansicht, daß die Bundesrepublik die DDR auf gar keinen Fall anerkennen soll?“

	Westdeutsche über DDR-Bürger	
	1970 I	1970 II
ja, auf jeden Fall	28 %	26 %
ja, wenn Erleichterungen	47 %	50 %
nein, auf keinen Fall	11 %	10 %
nicht darüber gesprochen	14 %	15 %
	N=510	N=597

Quelle: INFRATEST, DDR-Untersuchungen.

Bereits die früheren Untersuchungen hatten gezeigt, daß vor allem die jüngeren Bewohner der DDR eher bereit schienen, der DDR als Staat ihre Unterstützung zu geben. Dieser Eindruck muß sich auf Grund der jüngsten Untersuchungen noch verstärken, denn eine Aufschlüsselung der (berichteten oder vermuteten) Meinungen der DDR-Bevölkerung zeigt signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen (Tabelle 15 und Tabelle 16).

Tabelle 15:

Bewohner der DDR, die die DDR für einen selbständigen Staat halten, aufgeschlüsselt nach Altersgruppen.

	Westdeutsche über DDR-Bürger		
	1968	1969 I	1969 II
14 bis 39 Jahre alt	24 %	52 %	49 %
40 bis 59 Jahre alt	24 %	44 %	39 %
60 und älter	22 %	27 %	24 %

Quelle: Siehe Tabelle 12.

Tabelle 16:

Bewohner der DDR, die für eine Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik eintreten, aufgeschlüsselt nach Altersgruppen.

	Westdeutsche über DDR-Bürger			
	1969 I	1969 II	1970 I*	1970 II*
14 bis 39 Jahre alt	52 %	51 %	36 %	41 %
40 bis 59 Jahre alt	43 %	43 %	26 %	27 %
60 und älter	30 %	27 %	16 %	15 %

* Für Anerkennung auf jeden Fall (ohne Bedingungen).

Quellen: Siehe Tabellen 13 und 14.

Zieht man die Tatsache in Betracht, daß die jüngeren Jahrgänge in fast allen diesen Umfragen durchweg DDR-bewußter erschienen als die älteren und bedenkt man ferner, daß auch DDR-Bewohner mit höherer Schulbildung sowie Arbeiter und vor allem Angestell-

te im Durchschnitt verstärkt die Meinung vertreten, die DDR sei ein selbständiger Staat und müsse von der Bundesrepublik anerkannt werden, so kann man daraus vorerst nur schließen, daß sich im Lauf der nächsten Jah-

re das Nationalstaatsbewußtsein der Bevölkerung der DDR noch wesentlich festigen wird. Damit aber wird die Einheit der Nation Deutschland als Bewußtseinsnation immer mehr in Frage gestellt werden.

Rainer Feuerstack/Bernhard Gahlen/Heinz-Dieter Harges/Gerd-Jan Krol/Wolfgang Stork: Wirtschaftspolitische Ziele und gesellschaftliche Gruppen in der marktwirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/73, S. 3—22

In diesem Artikel soll gezeigt werden, daß das gleichzeitige Erreichen der vier Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes hauptsächlich deshalb mißlingt, weil die Konstruktion des Gesetzes nicht hinreichend der tatsächlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur in der Bundesrepublik Deutschland Rechnung trägt.

Durch ihre Autonomie auf den Gebieten der Tarif-, Preis- und Investitionspolitik haben insbesondere die Gewerkschaften und Unternehmerverbände als organisierte autonome Gruppen die Macht, ihren Interessen zuwiderlaufenden Maßnahmen, auch solchen des Staates, zu begegnen. Die Formulierung und Operationalisierung gesamtwirtschaftlicher Ziele durch den Staat bedarf daher einer zumindest grundsätzlichen Übereinstimmung zwischen den Gruppen mit wirtschaftspolitischer Handlungsmacht. Bei den vier Zielen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes war dies zwar prinzipiell der Fall, aber bereits bei der Operationalisierung treten unterschiedliche Vorstellungen hervor. Bei anderen Zielen, insbesondere der Verteilungsgerechtigkeit, besteht der Interessenkonflikt in aller Offenheit. Dieses Ziel bleibt daher aus dem volkswirtschaftlichen Zielkatalog ebenso ausgeklammert wie das der Bereitstellung öffentlicher Güter und das der Kontrolle wirtschaftlicher Machtstellungen.

Die Ausklammerung dieser Ziele stellt infolge der bei der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur gegebenen Interdependenz auch die Verwirklichung jener Ziele in Frage, bei denen ein grundsätzlicher Konsens zwischen den Gruppen besteht.

Die staatliche Wirtschaftspolitik versuchte, dieses Problem zunächst durch die Beschwörung einer alle Gruppen umfassenden Harmonievorstellung zu lösen: Durch eine gemeinsame Ausrichtung auf das Wachstumsziel sollten die Konflikte in bezug auf Verteilung der privaten und Bereitstellung öffentlicher Güter bereinigt werden. Nachdem diese Vorstellung von den autonomen Gruppen nicht geteilt wird, steht sie vor einem gewissen Dilemma. Die staatliche Wirtschaftspolitik kann bei der gegenwärtigen Struktur weder Gewerkschaften noch Unternehmerverbände hindern, divergierende Interessen in bezug auf Verteilung, öffentlichen Sektor und ökonomische Macht unter Umständen zu Lasten der gesetzlichen wirtschaftspolitischen Ziele zu verfolgen. Da eine freiwillige Einigung zwischen den autonomen Gruppen politisch nicht möglich erscheint, besteht bei Verfolgung der Ziele Verteilungsgerechtigkeit, Ausdehnung des öffentlichen Sektors und Kontrolle wirtschaftlicher Macht nur die Wahl, entweder die ständige Gefahr einer Verletzung der Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes in Kauf zu nehmen oder eine gesamtwirtschaftliche Einschränkung der ökonomischen Autonomiebereiche autonomer Gruppen und die Kontrolle wirtschaftlicher Machtstellungen zugunsten eines eigenständigen wirtschaftspolitischen Konzepts anzustreben. Hierbei rührt die staatliche Wirtschaftspolitik jedoch an die Grundfesten der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, deren zeitgemäße Ausgestaltung im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung eine durchgreifende Neuorientierung unter Integration der sozialen Gruppen erfordert.

Gebhard Schweigler: Nationalstaatsbewußtsein in der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/73 S. 23—38

Gibt es überhaupt noch eine Nation Deutschland? Diese Frage kann nur durch eine Untersuchung des Nationalbewußtseins der Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR beantwortet werden. In dieser Arbeit wird versucht, anhand von journalistischen Beschreibungen einiger DDR-Beobachter sowie einer Anzahl quasi-repräsentativer Meinungsumfragen unter DDR-Bürgern (vor 1961) und westdeutschen DDR-Besuchern Entwicklungstendenzen des Nationalbewußtseins in der DDR zu verfolgen. Es zeigt sich dabei, daß nach dem Bau der Mauer in Berlin die Bevölkerung der DDR ein auf die DDR bezogenes Nationalstaatsbewußtsein zu entwickeln begonnen hat, das die fortwauernde Existenz Deutschlands als Bewußtseinsnation — d. h. als eine Nation, die durch das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen eines Volkes bestimmt wird — immer mehr in Frage stellen wird.